Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

185. Sitzung

Berlin, Freitag, den 1. Juli 2005

I n h a l t :

Tagesordnungspunkt 21:

Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes
(Drucksache 15/5825) . . . . . 17465 A

Gerhard Schröder, Bundeskanzler . . . . . 17465 B

Dr. Angela Merkel (CDU/CSU) . . . . . 17469 C

Franz Müntefering (SPD) . . . . . 17472 B

Dr. Guido Westerwelle (FDP) . . . . . 17475 B

Joseph Fischer, Bundesminister AA . . . . . 17477 A

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos) . . . . . 17480 A

Michael Glos (CDU/CSU) . . . . . 17481 A

Werner Schulz (Berlin) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
(Erklärung nach § 31 GO) . . . . . 17483 A

Namentliche Abstimmung . . . . . 17484 D

Ergebnis . . . . . 17484 D

Nächste Sitzung . . . . . 17487 D

Anlage 1

Erklärung nach § 31 GO zur namentlichen Abstimmung über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes
(Tagesordnungspunkt 21) . . . . . 17489 A

Rudolf Bindig (SPD) . . . . . 17489 A

Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD) . . . . . 17489 D

Sebastian Edathy (SPD) . . . . . 17490 A

Rainer Fornahl (SPD) . . . . . 17490 B

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . . 17490 C

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD) . . . . . 17490 D

Michael Roth (Heringen) (SPD) . . . . . 17491 B

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD) . . . . . 17492 B

Simone Violka (SPD) . . . . . 17492 B

Dr. Marlies Volkmer (SPD) . . . . . 17492 C

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . . 17492 D

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD) . . . . . 17493 B

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Klaus Kirschner, Rüdiger Veit, Fritz Schösser, Horst Schmidbauer (Nürnberg) und Peter Dreßen (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes
(Tagesordnungspunkt 21) . . . . . 17493 C

Anlage 3

Amtliche Mitteilungen . . . . . 17494 A

(A) (C)

185. Sitzung

Berlin, Freitag, den 1. Juli 2005

Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

> Beratung des **Antrags des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes**
>
> – Drucksache 15/5825 –

Über den Antrag werden wir später namentlich abstimmen.

(B) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache im Anschluss an die Erklärung des Bundeskanzlers eine Stunde vorgesehen, wobei die kleineren Fraktionen vereinbarungsgemäß zusätzliche Redezeit erhalten sollen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Das Wort zu einer Erklärung hat zunächst der Bundeskanzler Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Gerhard Schröder, Bundeskanzler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Montag dieser Woche habe ich dem Herrn Bundestagspräsidenten mitgeteilt, dass ich es in der gegebenen Situation als meine Pflicht ansehe, im Deutschen Bundestag die **Vertrauensfrage** zu stellen. Mein Antrag hat ein einziges, ganz unmissverständliches Ziel: Ich möchte dem Herrn Bundespräsidenten die Auflösung des 15. Deutschen Bundestages und die Anordnung von Neuwahlen vorschlagen können.

Der für meine Partei und für mich selber bittere Ausgang der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen war das letzte Glied in einer Kette zum Teil empfindlicher und schmerzlicher Wahlniederlagen. In der Folge dessen wurde deutlich, dass es die sichtbar gewordenen Kräfteverhältnisse ohne eine neue Legitimation durch den Souverän, das deutsche Volk, nicht erlauben, meine Politik erfolgreich fortzusetzen.

Endgültig mit diesem Ausgang der Landtagswahl am 22. Mai wurden negative Auswirkungen für die Handlungsfähigkeit im parlamentarischen Raum unabweisbar. Die Agenda 2010 mit ihren Konsequenzen schien zum wiederholten Male ursächlich für ein Votum der Wählerinnen und Wähler gegen meine Partei. Wenn diese Agenda fortgesetzt und weiterentwickelt werden soll – und das muss sie –, ist eine Legitimation durch Wahlen unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD)

Es ist daher ein Gebot der Fairness und der Aufrichtigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, gegenüber meiner Partei, gegenüber dem Partner in der Koalition, gegenüber dem Hohen Haus und auch gegenüber mir selbst, die Vertrauensfrage zu stellen. (D)

Meine Damen und Herren, alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben sich mit Nachdruck für die **Auflösung des Bundestages** ausgesprochen. Die Wählerinnen und Wähler unterstützen mit überwältigender Mehrheit meinen Wunsch nach Neuwahlen. Dessen sollten wir uns heute alle bewusst sein.

Viermal wurde bislang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Vertrauensfrage gestellt: zweimal – von Helmut Schmidt und mir –, um sich der Mehrheit im Bundestag zu versichern, zweimal – von Willy Brandt und Helmut Kohl –, um den Weg für Neuwahlen freizumachen. Mir ist wohl bewusst: Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich bei der Formulierung des Art. 68 sicher nicht von der Überlegung leiten lassen, durch eine gewollte Niederlage die Tür zu einer Auflösung des Parlamentes zu öffnen. Aber – auch darüber geben uns die Beratungen im Parlamentarischen Rat Auskunft – sie wollten ebenso wenig die Möglichkeit einer Neuwahl verwehren, wenn die Lage dies gebietet.

Nach den bösen Erfahrungen von Weimar lehnte es der **Parlamentarische Rat** ab, dem Bundespräsidenten ein generelles Recht zur Auflösung des Bundestages einzuräumen. Aber auch dem Parlament blieb das Recht zur Selbstauflösung verwehrt. Dem Parlamentarischen Rat verdanken wir mithin Regelungen, die Deutschland zu einer der stabilsten, erfolgreichsten und angesehensten

Bundeskanzler Gerhard Schröder

(A) Demokratien der Welt gemacht haben. Dafür sind wir dankbar, auch wenn die Erfolgsgeschichte unserer deutschen Demokratie nicht allein der Weisheit oder dem Weitblick unserer Gründergeneration geschuldet ist, sondern vor allem dem demokratischen Gemeinsinn und dem klugen Instinkt der Bürgerinnen und Bürger, die stets für ein inneres Gleichgewicht unseres Gemeinwesens gesorgt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Staatspraxis, die auch durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungsgemäß bestätigt wurde, ist eindeutig. Der mit der Vertrauensfrage verbundenen Konsequenz von **Neuwahlen** stehen keine zwingenden verfassungsrechtlichen Bedenken entgegen. Die entscheidende Frage lautet also: Kann der Bundeskanzler noch des stetigen Vertrauens der Mehrheit des Hauses sicher sein? Denn die drängenden Probleme unseres Landes, die Fortsetzung der begonnenen Reformen, die Krise der Europäischen Union, die Herausforderungen der Globalisierung und die Gefahren für Frieden, Sicherheit und Stabilität in unserer einen Welt dulden keinen Zustand der Lähmung oder des Stillstandes.

Meine Damen und Herren, ich habe mir die Entscheidung, zunächst die Vertrauensfrage, danach mich und meine Regierung einer neuen Wahl zu stellen, reiflich und gewissenhaft überlegt.

(Zurufe von der CDU/CSU: Na, na! – Ich weiß ja nicht! – Zuruf von der FDP: Das glaube ich nicht!)

(B) Aus der Opposition hat es Forderungen nach meinem Rücktritt gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber was dann?

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Eine sehr angemessene Reaktion!)

Der Weg nach Art. 63 Grundgesetz setzt mehrere erfolglose Wahlgänge voraus und ist damit äußerst kompliziert und der Würde des Hohen Hauses nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau aus diesem Grund hat bereits mein Amtsvorgänger diesen Weg 1982 entschieden abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Hört! Hört!)

Helmut Kohl betonte vor dem Deutschen Bundestag am 17. Dezember 1982 – ich zitiere ihn wörtlich –:

> Der Vorwurf der Manipulation wäre ... gerechtfertigt, wenn ich

– also Helmut Kohl –

> den Weg des Rücktritts gemäß Art. 63 des Grundgesetzes wählen würde.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Hört! Hört!)

Weiter, meine Damen und Herren, wieder Zitat Helmut Kohl: (C)

> In der augenblicklichen Situation würde es niemanden überzeugen, wenn ein derartiges Verfahren eingeschlagen würde, um den Bundespräsidenten zur Auflösung des Bundestages zu nötigen.
>
> Ich

– wieder Helmut Kohl –

> bin der Auffassung, dass der von mir gewählte Weg zur Auflösung des Bundestages überzeugend und verfassungsrechtlich einwandfrei ist.

Ich teile diese Argumentation meines Vorgängers.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen haben in unserem Land einen tief greifenden Veränderungsprozess eingeleitet. Dieser Reformprozess ist in seinem Umfang und in seinen Konsequenzen einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in Angriff genommen, was unsere Vorgängerregierung unterlassen hatte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Wir haben begonnen, wozu CDU/CSU und FDP 16 Jahre Zeit, aber niemals den Mut hatten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den Reformen der **Agenda 2010** haben wir wichtige Bereiche unserer Gesellschaft in ihren Strukturen grundlegend erneuert: in der Gesundheitsversorgung, in der Rentenpolitik und auf dem Arbeitsmarkt. Diese Reformen sind notwendig, um unseren Sozialstaat auch in Zukunft zu erhalten und unsere Wirtschaft auf die Herausforderungen der Globalisierung und des Älterwerdens unserer Gesellschaft einzustellen. Diese notwendigen Reformen mussten gegen massive Widerstände von Interessengruppen durchgesetzt werden. Einige haben in dieser Situation auf unverantwortliche Weise die Verunsicherungen der Bürgerinnen und Bürger instrumentalisiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Franz Müntefering [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Mit populistischen Kampagnen wurden Ängste geweckt und geschürt, weil die Reformen zunächst mit Belastungen verbunden sind, ihre positiven Wirkungen aber erst später, teilweise durchaus erst in einigen Jahren, zu spüren sein werden. Nur zu gut erinnern wir uns an die öffentliche Aufregung bei der Einführung der Praxisgebühr und an die Protestwelle beim Beschluss der so genannten Hartz-IV-Gesetze im vergangenen Jahr.

Bundeskanzler Gerhard Schröder

(A) Keine Frage, das Reformprogramm der Agenda 2010 hat zu Streit zwischen den Parteien und in den Parteien geführt. In den regierenden Parteien und Fraktionen ist es zu inneren Spannungen und auch zu Konflikten um die richtige Richtung gekommen. Meine Partei – das will ich nicht verschweigen – hat darunter besonders gelitten. Die SPD hat seit dem Beschluss der Agenda 2010 bei allen **Landtagswahlen** und der **Europawahl** Stimmen verloren, in vielen Fällen sogar die Regierungsbeteiligung in den Ländern. Das war ein hoher Preis für die Durchsetzung der Reformen. Dass wir diesen hohen Preis, zuletzt in Nordrhein-Westfalen, zu zahlen hatten, hat innerhalb meiner Partei und meiner Fraktion zu heftigen Debatten um den künftigen Kurs der SPD geführt. Das gilt in ähnlicher Weise für unseren Koalitionspartner. Es ging und es geht um die Frage, ob die Reformen der Agenda 2010 überhaupt notwendig sind oder ob sie nicht gar zurückgenommen werden sollten. Diese Debatte hat so weit geführt, dass SPD-Mitglieder damit drohten, sich einer rückwärts gewandten, linkspopulistischen Partei anzuschließen, die vor Fremdenfeindlichkeit nicht zurückschreckt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Einige haben diesen Schritt vollzogen; an die Spitze jener Partei hat sich ein ehemaliger SPD-Vorsitzender gestellt.

Meine Damen und Herren, solch eindeutige Signale aus meiner Partei, der führenden Regierungspartei, musste und muss ich ernst nehmen, zumal in den Wochen vor dem 22. Mai dieses Jahres fast täglich in den (B) Medien darüber berichtet wurde, auch aus dem parlamentarischen Raum heraus. Am 22. Mai lag die Frage offen auf dem Tisch, ob bei diesem Wahlausgang eine volle **Handlungsfähigkeit** für mich und meine Politik noch gegeben war, zumal die Mehrheit für diese Regierung im Deutschen Bundestag von Anfang an denkbar knapp war. Diese Mehrheit hat sich durch den Verlust nicht nachzubesetzender Überhangmandate weiter reduziert und beträgt nur noch drei Stimmen, wenn die so genannte Kanzlermehrheit erforderlich ist.

Grundvoraussetzung für die gesamte Regierungspolitik, ganz besonders aber für unsere Außen- und Sicherheitspolitik sind Planbarkeit und Verlässlichkeit. Dies betrifft grundsätzliche Fragen wie die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zur Europäischen Union, die weitere Vertiefung unserer Beziehungen zu Russland und den Ausbau unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China. Hierfür ist die Bundesregierung auf die Geschlossenheit der Koalitionsfraktionen angewiesen. Auch hier sind vermehrt abweichende, jedenfalls die Mehrheit gefährdende Stimmen laut geworden.

Meine Damen und Herren, über die Zweifler und jene, die mit Austritt oder abweichendem Stimmverhalten gedroht haben, will und kann ich moralisch nicht rechten; denn das **stetige Vertrauen** gemäß Art. 68 unseres Grundgesetzes ist keine moralische, sondern eine politische Kategorie. Art. 38 Abs. 1 des Grundgesetzes erlaubt den Abgeordneten, abweichende Positionen einzunehmen. Diese Tatsache unterliegt nicht einer moralischen Bewertung oder gar einer moralischen Verurteilung von Abgeordneten. Da aber der Bundeskanzler auf (C) dauerhaftes Vertrauen angewiesen ist, um nach innen wie nach außen seine Politik verwirklichen zu können, muss er ein solches abweichendes Ankündigen, Fordern oder Verhalten stets politisch bewerten. Klar abweichende Positionierungen mögen subjektiv betrachtet als durchaus berechtigt angesehen werden, müssen aber vom Bundeskanzler politisch anders beurteilt werden; denn er braucht eine stetige und verlässliche Basis für seine Politik.

Ebenso klar muss auch sein, dass dort, wo Vertrauen nicht mehr vorhanden ist, öffentlich nicht so getan werden darf, als gäbe es dieses Vertrauen. Ich habe auch das erleben müssen. Auch das ist Bestandteil meiner politischen Bewertung. Und diese ist eindeutig: Eine Bewertung der politischen Kräfteverhältnisse vor und nach der Entscheidung, Neuwahlen anzustreben, muss dazu führen – dessen bin ich mir ganz sicher –, dass ich unter den aktuellen Bedingungen nicht auf das notwendige, auf stetiges Vertrauen im Sinne des Art. 68 Grundgesetz rechnen kann.

Meine Damen und Herren, was die bestehenden Kräfteverhältnisse anlangt, so muss ich auch die Auswirkungen auf die **Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Bundesrat** berücksichtigen. Die Situation im Bundesrat ist dabei nicht nur eine Frage der Mehrheit, sondern ist zunächst einmal eine Frage der Haltung, wie die Zahl der Einsprüche nach abgeschlossenen Vermittlungsverfahren exemplarisch zeigt. In der laufenden Wahlperiode hat die Bundesratsmehrheit nach abgeschlossenen Vermittlungsverfahren in 29 Fällen Einspruch gegen das entsprechende Gesetz eingelegt. Das ist fast so häufig (D) wie in den ersten zwölf Wahlperioden der Jahre 1949 bis 1994 zusammen.

(Zurufe von der SPD: Unglaublich! – Frechheit!)

Ersichtlich geht es der Bundesratsmehrheit in diesen wie in anderen Fällen, etwa in der Steuerpolitik oder beim Subventionsabbau, nicht mehr um inhaltliche Kompromisse oder staatspolitische Verantwortung, sondern um machtversessene Parteipolitik, die über die Interessen des Landes gestellt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann es weder der Regierung noch den Regierungsfraktionen zumuten, immer wieder Konzessionen zu machen und doch zu wissen, dass die Bundesratsmehrheit ihre destruktive Blockadehaltung nicht aufgeben wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur eine durch die Wählerinnen und Wähler klar und neuerlich legitimierte Regierungspolitik wird bei der Mehrheit des Bundesrates zu einem Überdenken der Haltung und – wenn auch nicht kurzfristig – zu einer Änderung der Mehrheit führen.

Meine Damen und Herren, das Ziel des Machterhalts um der Macht willen rechtfertigt niemals Entscheidungen gegen die bessere Einsicht und den Rat des

Bundeskanzler Gerhard Schröder

(A) Gewissens. Ich handele in der Gewissheit, dass die von mir begonnene Politik der Reformen richtig und notwendig ist – für unser Land und für seine Menschen. Darum werde ich mich auch mit all meiner Energie und mit ganzer Kraft darum bemühen, dass die Wählerinnen und Wähler mich beauftragen, das Begonnene fortzuführen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Vertrauensfrage gibt daher jedem Abgeordneten die Chance, sich zu entscheiden. Mit einer Enthaltung und auch mit einem Nein eröffnen die Mitglieder dieses Hohen Hauses dem Herrn Bundespräsidenten die Möglichkeit, die Entscheidung über die Zukunft der Politik und über die Zukunft unseres Landes dem **Souverän,** unseren Bürgerinnen und Bürgern, in die Hand zu geben. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Weg mit dem Sinn und den Bestimmungen unserer Verfassung in Einklang ist, und ich bin davon überzeugt, dass der Herr Bundespräsident die richtige Entscheidung treffen wird.

Meine Damen und Herren, ich weiß mich mit den weitaus meisten unserer Landsleute darin einig, dass in der gegenwärtigen Situation die Wähler zu ihrem Recht kommen sollten – nicht im Zuge eines Plebiszits, nicht im Rahmen einer Volksabstimmung, die unsere Verfassung eben nicht vorsieht, sondern durch Neuwahlen, die das erklärte Ziel meiner heutigen Vertrauensfrage sind. Insoweit – das lässt sich gar nicht bestreiten – richtet sich die Vertrauensfrage über den Deutschen Bundestag hinaus natürlich und in letzter Konsequenz an die Wählerinnen und Wähler selbst. Vordergründig betrachtet (B) handelt es sich um einen Vorgang, mit dem der Bundeskanzler sein eigenes Schicksal der Entscheidung des Volkes anvertraut. Die wahre Dimension unserer heutigen Entscheidung weist aber weit darüber hinaus. Tatsächlich geht es um die Möglichkeit des demokratischen Souveräns, die Grundrichtung der künftigen Politik selbst zu bestimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Geben wir den Menschen also die Wahl und die Freiheit, selbst zu entscheiden, welchen Weg unser Land gehen soll, welchen Staat sie sich wünschen, welchen Stellenwert soziale Gerechtigkeit künftig haben soll und wie viel Solidarität das Zusammenleben in unserem Gemeinwesen prägen soll. Wecken wir ihren Lebensmut und ihr Vertrauen in die Zukunft. Lösen wir sie aus jenen Ängsten und Bedrückungen, die auch Folge eines Niederredens unseres Landes und der Leistungen seiner Menschen durch die Opposition sind,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

eine Opposition im Übrigen, die sich aus Furcht vor der Verantwortung fast jeder konstruktiven Zusammenarbeit mit uns verweigerte

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/ CSU)

oder – das füge ich hinzu – eine vollzogene Zusammenarbeit im Nachhinein desavouierte, (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

eine Opposition, die den Bürgerinnen und Bürgern aus schierem Opportunismus verschweigt – auch jetzt –, welche konkreten Pläne sie hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auch in der Politik gilt: Festklammern an dem, was schon immer war oder was man einmal hat, führt geradewegs in die Erstarrung. Bewahren kann nur derjenige, der zur Veränderung bereit ist. Wenn wir also Energien freisetzen, Bewegungen ermöglichen und weitere **Reformen** in Gang setzen wollen, dann müssen wir mit den üblichen Regeln der politischen Mechanik, mit der Physik der Macht gleichsam brechen. Die von uns begonnenen Reformen gilt es, entschlossen fortzuführen, damit wir den sich immer rascher wandelnden Anforderungen im Innern und nach außen auch gerecht werden. Im Innern heißt das für uns, die soziale Marktwirtschaft zu bewahren und unser Gesellschaftsmodell weiterzuentwickeln, ein Gesellschaftsmodell, das Produktivität und ökonomische Effizienz mit Solidarität und Gerechtigkeit verbindet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es ist gewiss: Der Wandel verlangt einen langen Atem, verlangt Beharrlichkeit und Standfestigkeit, verlangt Überzeugungskraft und Willensstärke. Nach außen (D) heißt das, unsere Rolle als Garant der europäischen Einigung und Integration entschieden und aus tiefer Überzeugung anzunehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unseren geeinten Kontinent weiter voranzubringen, dazu braucht es wie bisher die Dynamik und die Verlässlichkeit der deutsch-französischen Partnerschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, Deutschlands Rolle als angesehene Friedensmacht zu stärken im Kampf gegen Hunger, Armut und Unterdrückung in der Welt, im Kampf gegen Terror und Fanatismus, im Einsatz für einen effektiven Multilateralismus, für eine internationale Ordnung des Rechts, für eine Stärkung der Vereinten Nationen, in denen Deutschland seiner internationalen Verantwortung gemäß einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat anstrebt.

Dies alles sind Aufgaben, denen wir nicht genügen können, wenn die Gefahr eines Legitimationsverlustes unseren Energien keinen Raum lässt. Darum braucht es heute das Votum des Hohen Hauses. Darum braucht es, wenn mir das Vertrauen der Mehrheit versagt bleibt, das Urteil des Souveräns, des Volkes. Es ist keine Zeit zu verlieren. Die Reformen dulden keinen Aufschub. Sie bedeuten auch Abschied von Gewohntem. Das zu sagen verlangt die Aufrichtigkeit, die wir den Bürgern schuldig

Bundeskanzler Gerhard Schröder

(A) sind. Meine Sache und der Auftrag der deutschen Sozialdemokratie ist es, dafür zu sorgen, dass wirtschaftliche Effizienz eben nicht auf Kosten der Schwachen erzielt wird, dass also die soziale Balance keinen Schaden nimmt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese **Regierung** tut ihre Pflicht und sie tut, was für unser Land notwendig ist. Diese Regierung hat das durch die Vorgängerregierung auf dem Land lastende Phlegma, die Realitätsverweigerung und die Reformunwilligkeit überwunden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind – ich bin stolz darauf – gute Jahre für unser Land,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU: Ah!)

Jahre, die unser Land nach innen liberaler, toleranter, sicherer und demokratischer gemacht haben

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU)

und nach außen selbstbewusster, freier und geachteter.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU)

(B)

Wir brauchen jetzt klare Verhältnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Sie sollten vorsichtig sein. Es schauen uns viele zu.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Sie auch!)

Darum stelle ich die Vertrauensfrage. Öffnet der Bundestag den Weg zu Neuwahlen, dann haben, wenn der Herr Bundespräsident so entscheidet, unsere Bürgerinnen und Bürger das Wort. Ich vertraue auf die Vernunft und auf die Einsicht der Deutschen. Ich vertraue auf den Mut und die Kraft meiner Partei, die in den 142 Jahren ihrer stolzen Geschichte jederzeit Verantwortung für das Ganze, für sozialen Fortschritt, Gerechtigkeit, Teilhabe und Demokratie wahrgenommen hat. Für genau diese Werte werde ich weiter kämpfen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Abgeordneten der SPD sowie Abgeordnete des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Kollegin Angela Merkel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP) (C)

Dr. Angela Merkel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, lassen Sie es mich gleich zu Beginn ausdrücklich sagen: Dass Sie heute den Antrag auf Abstimmung gemäß Art. 68 des Grundgesetzes mit dem Ziel stellen, eine vorgezogene Wahl zum Deutschen Bundestag herbeizuführen, begrüßt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für diesen Schritt zolle ich Ihnen auch persönlich Respekt; denn er ist unumgänglich, um unserem Land monatelange, quälende Auseinandersetzungen aus Gründen rot-grüner Handlungsfähigkeit

(Lachen bei der SPD)

– Handlungsunfähigkeit zu ersparen. – Lachen Sie nicht zu früh!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundeskanzler, Sie haben es angedeutet, aber ich will es vielleicht noch etwas offener sagen: Sie sind 1998 angetreten, haben nahezu alles rückgängig gemacht, was wir in richtiger Weise unter der Führung von CDU/CSU und FDP auf den Weg gebracht hatten,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und Sie mussten dann erkennen, dass es so nicht weiter- (D)
geht. Sie haben am 14. März des Jahres 2003 – ich lasse hier einmal alle Details, in denen wir sicherlich unterschiedlicher Meinung waren, weg – die **Agenda 2010** vorgestellt und haben damit – ich sage wieder: jenseits aller Details – die notwendige innenpolitische Antwort gegeben, die wir auf die globalen Herausforderungen geben müssen. Zumindest war und ist diese Agenda ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Sie haben damals gesagt: Es geht darum – ich zitiere – „die Substanz des Sozialstaates zu erhalten“. Das war vom Grundsatz her die richtige Weichenstellung für Deutschland; denn es gibt keine Alternative dazu, das Land zu reformieren. Sie haben es gewusst und Sie haben es heute wieder angedeutet: Wir brauchen an vielen Stellen weniger Staat und mehr Freiheit. Genau deshalb haben Sie auch von der Substanzerhaltung des Sozialstaats gesprochen. Wir brauchen weniger Reglementierung und mehr Wettbewerb. Wir brauchen weniger Bevormundung und mehr Eigenverantwortung.

Sie haben damals diese Grundsätze in vielfältiger Form durchdekliniert und wir können seit diesem 14. März eines beobachten: Seit genau diesem Tag gibt es in Ihren Reihen, bei Rot-Grün, ein schweres Ringen um jede der Detailfragen und die Lösung jedes der Probleme. Herr Bundeskanzler, Sie wissen doch genau: Wann immer wir uns über die Grundzüge einer Gesundheitsreform unterhalten haben, war das nicht die Schwierigkeit. Die Schwierigkeiten begannen, wenn Sie es mit Ihren Leuten diskutieren mussten.

Dr. Angela Merkel

(A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei der SPD)

Herr Bundeskanzler, die Wahrheit ist doch, dass Ihr Kabinett ein Gesetz im Rahmen der Hartz-Gesetze verabschiedet hat, in dem Zumutbarkeitsregelungen vereinbart waren, die erst mit unserem Wirken im Bundesrat wieder zurückgeführt werden konnten, weil Ihre eigene parlamentarische Mehrheit dies nicht wollte. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei der FDP)

Es ist doch so – ich bitte Sie, sich subjektiv kein falsches Bild zu machen –, dass im **Vermittlungsausschuss** über 90 Gesetze beraten worden sind, von denen ein einziges nicht verabschiedet worden ist. Dass Einsprüche getätigt werden mussten, Herr Bundeskanzler, ist doch der Tatsache zu verdanken, dass Sie es abgelehnt haben, im Vorfeld der Verhandlungen des Bundesrats mit uns zu einer Einigung über die zustimmungsfreien Gesetze zu kommen.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: So ist es!)

Ein einziges Gesetz – das Verfütterungsverbotsgesetz – ist auf der Strecke geblieben. Alle anderen Gesetze sind in dieser Legislaturperiode verabschiedet worden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb war im Zweifel doch nicht die Union dafür verantwortlich, Herr Bundeskanzler. Es war – vorsichtig ausgedrückt – das Ringen mit Ihren eigenen Leuten und (B) die Tatsache, dass Sie es wegen dieses Ringens niemals geschafft haben, den Menschen draußen, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes die Notwendigkeit der Veränderungen in der Gesamtheit zu erklären; es blieb vielmehr immer Stückwerk. Das hat Sie letztendlich auch die Wahlerfolge gekostet. Das hat Sie letztendlich in die Niederlagen getrieben und das hat Sie letztendlich auch den Parteivorsitz gekostet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich sage das als Vorsitzende einer großen Volkspartei, die weiß, dass alle Volksparteien – CDU, CSU und SPD – am Anfang des 21. Jahrhunderts angesichts der **Herausforderungen der Globalisierung** aufs Äußerste gefordert sind. Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als unter völlig veränderten Bedingungen in Zeiten völlig neuer internationaler Herausforderungen unsere Werte – das sind die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie – behaupten zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ob wir diese Aufgabe meistern, ist von allergrößter – ich sage: von entscheidender – Bedeutung für die Frage, wie es mit Deutschland und dem Wohlstand dieses Landes weitergeht. Genau aus diesem Grunde verträgt dieses Land keinen Zickzackkurs, wie Sie ihn immer wieder einschlagen mussten: einen Schritt vor, zwei zurück, einen nach rechts, zwei nach links. Genau dies, was uns das Tempo genommen und den roten Faden, die gesamte Linie genommen hat, verträgt dieses Land nicht (C) mehr. Dieses Land braucht nicht Politik als Stückwerk. Dieses Land braucht Politik aus einem Guss. Darum geht es am Anfang des 21. Jahrhunderts.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP)

Herr Bundeskanzler, Sie sind 1998 mit den Worten angetreten – Sie haben sie bis ins Jahr 2002 mehrfach wiederholt –: „Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken, dann sind wir es nicht wert, wieder gewählt zu werden."

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Bundeskanzler, Sie werden es doch nicht bestreiten: Die Zahl von fast 5 Millionen arbeitslosen Menschen bedeutet genau das Gegenteil von dem, was Sie in Erwartung gestellt haben.

Noch 2002 hat die Hartz-Kommission davon gesprochen, bis zum Jahr 2005 die Zahl der **Arbeitslosen** zu halbieren. Stattdessen haben wir seit Bestehen der Hartz-Kommission 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in diesem Land verloren. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben das geringste **Wirtschaftswachstum** in Europa. Das ist durch nichts anderes als durch eine falsche nationale Politik zu erklären. Im Jahr 2000 betrugen die Rücklagen in den sozialen Sicherungssystemen noch 23 Milliarden Euro, heute sind diese Rücklagen aufgebraucht. Sie haben die sozialen Sicherungssysteme ge- (D) plündert. Das ist die Wahrheit. Das hinterlassen Sie.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Unglaublich!)

Herr Bundeskanzler, Ihr Finanzminister – wir haben uns das nicht ausgedacht – –

(Zurufe von der SPD)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist ein wichtiger, ein entscheidender Tag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und in der Geschichte der Sozialdemokratie.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Aber Ehrlichkeit täte auch ganz gut!)

Das sollte für Sie Anlass sein, zuzuhören. Das ist das Mindeste, was man von einer stolzen Volkspartei erwarten darf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Sie müssen nur bei der Wahrheit bleiben!)

Ihr eigener Finanzminister – wir haben uns das doch nicht ausgedacht – hat uns einen ausgeglichenen Haushalt für 2006 in Aussicht gestellt. Tatsache ist, dass wir ein strukturelles Defizit in Höhe von 40 bis 50 Milliarden Euro in diesem Haushalt haben. Das ist die Hinterlassenschaft dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Angela Merkel

(A) Ein Blick in den Armutsbericht zeigt: Die Kluft zwischen Arm und Reich ist größer geworden. Der Mittelschicht in diesem Land geht es schlechter. Das Klima ist sozial kälter.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Sie sind schon wieder beim Miesmachen!)

Ursache dafür ist, dass Ihre Politik Stückwerk war. Einmal haben Sie einen richtigen Schritt gemacht, oft aber viele falsche Schritte. Das war keine Politik aus einem Guss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb lautet das Fazit: Noch nie hat eine Regierung durch ständiges Nachbessern, ohne etwas besser zu machen, durch ständige Ankündigungen und Aufkündigungen, durch Kommissionen anstelle von Entscheidungen das **Vertrauen** so verspielt wie diese Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist deshalb so dramatisch, weil Vertrauen so etwas wie der Schmierstoff unserer Demokratie ist.

(Lachen bei der SPD – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Warum halten Sie eine solche Rede? – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Wir kennen Ihren Schmierstoff! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wissen Sie, jeder pflegt die Assoziationen, die er hat. Jeder pflegt die seinen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn Sie nicht begreifen, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger durch Ihre Politik in das Machbare von Politik so weit erschüttert ist, dass wir alle gemeinsam – das sage ich in totalem Ernst –

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vor der Aufgabe stehen werden, in dem auf uns wahrscheinlich zukommenden Wahlkampf

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Frau Merkel, Frau Merkel!)

populistischste Argumente jeder Art abwehren zu müssen, kann ich nur sagen: Begreifen Sie es als gemeinsame Aufgabe,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie!)

dafür zu sorgen, dass Politik wieder Vertrauen herstellt! Das kann nicht eine Partei schaffen, das ist unsere gemeinsame Aufgabe in diesem Hause.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist die Sache mit den Brandstiftern!)

Wir werden uns genau dieser Aufgabe stellen. Wir werden den Menschen sagen, was für das Wohl dieses Landes notwendig ist.

(Zuruf von der SPD: Warten wir einmal ab!)

Dieses Land kann sich kein verlorenes Jahr, keine verlorenen Tage mehr leisten. Wir brauchen endlich wieder eine Politik, die auf die Kraft der Menschen baut und sie ernst nimmt; denn es besteht doch kein Zweifel, dass es ein großes Potenzial an Begabungen gibt, die sich entfalten wollen, dass es starke Kräfte in diesem Land gibt, die wir mobilisieren können, dass es so viel gesunden Menschenverstand gibt, der mit den Realitäten umgehen kann. Genau das heißt, die Prioritäten richtig zu setzen. (C)

Deshalb werden wir den Menschen sagen: Wir brauchen eine Politik, bei der **Arbeit** unbedingte Vorfahrt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Arbeit ist Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben. Deshalb muss Arbeit Vorfahrt haben.

Angesichts der begrenzten Möglichkeiten, die wir haben, brauchen wir eine Politik, die sagt: Zukunft für unsere **Kinder und Familien**, damit dieses Land eine gute Zukunft hat. Das sind die beiden Schwerpunkte unserer Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Genau dazu werden wir unsere Programmpunkte vorstellen. Am 11. Juli werden wir wissen – auch Sie werden es wissen; dann können wir es vergleichen –, wer den Menschen sagt, was für dieses Land notwendig ist, wer Vertrauen dadurch gibt, dass er die Realitäten beim Namen nennt, Wege aus den Schwierigkeiten heraus aufzeigt und deutlich macht, wo Licht am Ende des Tunnels ist. Genau in diesem Sinne wird die bevorstehende Bundestagswahl, Herr Bundeskanzler, eine Richtungswahl sein, eine Wahl, bei der es um die Frage geht: Wird die Politik weitermachen wie bisher oder wird es eine Politik sein, die Deutschland wieder nach vorne bringt? Ich sage Ihnen, dass wir eine Politik machen werden, mit der wir die soziale Marktwirtschaft so erneuern wollen, dass (D)

(Franz Müntefering [SPD]: Nichts übrig bleibt!)

wir Chancen für die Zukunft dieses Landes schaffen. CDU und CSU wissen: Ein Weiter-so kann es nicht geben. Ein Weiter-so wird Deutschland und damit auch Europa in den Stillstand führen. Wir wissen, dass das nicht geschehen darf.

Ich stimme Ihnen insoweit zu: Wir brauchen eine neue **Mehrheit**. In den unionsregierten Bundesländern haben wir die Mehrheit für die notwendigen Veränderungen in Deutschland. Wir können voller Stolz sagen: Wo die Union regiert, geht es den Menschen in Deutschland besser.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bundesrat haben wir also schon eine Mehrheit für einen Neuanfang unseres Landes. Unser Land braucht aber auch endlich eine Mehrheit für einen Neuanfang im Deutschen Bundestag, damit wir mit klaren Verhältnissen im Bundestag und im Bundesrat durchregieren können.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Durchregieren? So ist es!)

Dr. Angela Merkel

(A) Ich spreche voller Überzeugung von einer Politik aus einem Guss; denn die Menschen haben es satt – wenn sie es jetzt nicht spüren, dann werden sie es anderweitig merken –, nicht nach einer Linie, sondern nach einem Zickzackkurs regiert zu werden, mit dem sie nichts anfangen können und bei dem sie spüren, dass es nicht nach vorne geht, sondern dass es immer schlechter wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb sage ich: Rot-Grün kann unser Land nicht mehr regieren. Die PDS darf unser Land nicht regieren. CDU und CSU gemeinsam mit der SPD – –

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entschuldigung, CDU und CSU gemeinsam mit der FDP – ich sage es noch einmal für alle verständlich –,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

wir können, wir müssen und wir wollen Verantwortung für unser Land übernehmen.

(Dr. Wolfgang Wodarg [SPD]: Sie glauben selbst nicht daran!)

Sie, Herr Bundeskanzler, und Rot-Grün haben uns eine schwierige Aufgabe hinterlassen, und zwar sowohl in Deutschland als auch in Europa. Ich aber bin zuversichtlich: Wir werden es schaffen, weil wir es besser können, weil in unserem Land mehr Kräfte stecken, als (B) Rot-Grün für möglich hält.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Kräfte neu zu wecken, Deutschlands Chancen zu erkennen und zu nutzen, eine solide, starke Regierung für unser Land zu bilden, damit es endlich wieder aufwärts geht, dafür werde ich mich, dafür werden CDU und CSU ihre ganze Kraft einsetzen. Dafür werden wir die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes um ihr Vertrauen bitten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP – Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Franz Müntefering, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Franz Müntefering (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Merkel, wenn Sie das Protokoll redigieren, dann passen Sie mindestens an der Stelle auf, wo Sie etwas über potenzielle Koalitionspartner gesagt haben. Stellen Sie das klar! Das vermasselt mir den ganzen Wahlkampf, wenn nicht klargestellt wird, was Sie dazu gesagt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Michael Glos [CDU/CSU]: Sie sind leicht zufrieden zu stellen! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das sind die kleinen Freuden!) (C)

Dies ist heute eine ganz besondere Situation, die aber zu den Regeln der Demokratie gehört. Die ausdrückliche Vertrauensfrage des Bundeskanzlers hat es in der Geschichte der Bundesrepublik selten gegeben; aber sie ist als Instrument zur Klärung einer bestimmten Frage im Grundgesetz vorgesehen. Alle haben inzwischen Art. 68 des Grundgesetzes gelesen, der sich mit der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers und mit der Auflösung des Bundestages befasst. Auch Art. 39 Abs. 1 des Grundgesetzes haben wir im Kopf, der etwas zur Konsequenz besagt, nämlich dass innerhalb von 60 Tagen eine Neuwahl stattfinden muss, wenn die Auflösung erfolgt ist.

Die Verfassungsväter und -mütter sind davon ausgegangen, dass es Situationen, wie wir sie heute haben, geben kann. Es ist also eine besondere Situation, aber eine „mitten aus dem Grundgesetz". Diese Situation ist Teil der Demokratie.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Mitglieder des Bundestages sind, bilden eine Fraktion. Als SPD-Fraktion hatten wir in den letzten zwei Jahren einen anstrengenden Lauf. Hinter uns liegen schwierige Gesetze, die Streit nötig machten. Darauf bin ich eher stolz als nicht; denn schwierige Gesetze kann man sich nicht leicht machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hinter uns liegen aber auch **Ergebnisse von Wahlen**. (D) Ich erinnere an die Europawahl, die Landtagswahlen in Thüringen, im Saarland, in Brandenburg – gut gegangen, aber minus 7,4 Prozent – und in Sachsen, an die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, an die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Damit verbunden ist eine Serie bitterer Wahlergebnisse. Die Opposition hat behauptet – und die Medien haben es geschrieben –, diese Wahlschlappen, diese herben Wahlniederlagen hätten etwas mit der Bundespolitik zu tun,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

mit der **Politik der Erneuerung**, die Bundeskanzler Gerhard Schröder, seine Regierung und die Koalition seit Frühjahr 2003 forciert vorangetrieben haben.

Wir konnten dem alles in allem nicht widersprechen; Stichwort Agenda 2010, Stichwort Hartz. Wir sind aber sicher: Die Reformen sind unverzichtbar. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir wissen, drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger wollen Reformen. Wir wissen aber auch und haben gelernt: Drei Viertel wollen davon persönlich möglichst nicht negativ betroffen sein. Sollten wir eine Politik machen, die vordergründig populär ist, oder eine Politik, die für unser Land richtig ist, auch wenn sie Zeit braucht? Wir haben uns für die richtige Politik entschieden. Das bedeutet Kampf um Akzeptanz für eine solche Politik. Was denn sonst?

Bundeskanzler Gerhard Schröder und wir als Koalition haben die Erneuerung des Landes begonnen, zum

Franz Müntefering

(A) Beispiel bei den sozialen Sicherungssystemen und am Arbeitsmarkt. Wir hatten und haben den Mut, etwas zu tun, wovor sich Kohl und Merkel in den 90er-Jahren gedrückt haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist heute hier nicht die Stunde der Zwischenbilanz, aber sie wird kommen. Dabei sehen CDU/CSU und FDP nicht gut aus; Sie auch nicht, Frau Merkel. Rot-Grün hat in den Jahren seit 1998 unser Land aus der Starre der 90er-Jahre herausgeführt. Rot-Grün ist eine gute Zeit für Deutschland. Wir hoffen, wir können sie fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass es bei der CDU/CSU mit dem Mut zu Reformen inzwischen besser geworden ist, kann man nicht feststellen; im Gegenteil. Die Wahl in Nordrhein-Westfalen haben wir auch deshalb verloren, weil die Opposition zu feige war, sich zu der neuen **Arbeitslosenstatistik** zu bekennen. Wir haben Hunderttausende Erwerbsfähige aus der Sackgasse der Sozialhilfe herausgeholt, sie an die Vermittlung herangeführt und sie in die Statistik der Arbeitslosen aufgenommen. Sie werden wieder gezählt und sie gelten wieder etwas. Das haben Sie von der CDU/CSU mit uns zusammen beschlossen, aber Sie schieben uns die statistisch dazugekommenen Arbeitslosen zu. Sie leugnen Ihre Mitverantwortung. Sie sind Schwarzfahrer und Trittbrettfahrer. Was denn sonst?

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie glauben offensichtlich, das sei raffiniert. Nein, es ist nur kleinkariert. Frau Merkel, Sie sind keine Reformpolitikerin. Sie sind da nicht besser als Ihr Vorbild Helmut Kohl.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Diener im **Vermittlungsausschuss** werkeln da ungeniert vor sich hin. Sie machen das, was Sie vorhin mit „durchregieren“ beschrieben haben. Das war interessant: durchregieren; ein hilfreicher Begriff.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da wurde die Behandlung des Gentechnikgesetzes mal wieder verschoben. Auch das Thema Eigenheimzulage wurde – Mittwoch dieser Woche war das – wieder verschoben; ich glaube, zum siebten Mal. Das Geld brauchen wir dringend für Bildung und Forschung. Die Wahrheit ist: Die 18:14-Mehrheit im Vermittlungsausschuss nutzen Sie vor allem für eines: verschieben, verschieben, verschieben, Politik verhindern und verschleppen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir im Augenblick viel über das Grundgesetz und über das sprechen, was sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes dabei gedacht haben, sei an der Stelle doch einmal erlaubt, zu sagen: Ob der Parlamentarische Rat, als er das Bundesorgan Bundesrat einrichtete, das so gemeint hat, darf man bezweifeln. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielleicht, Herr Kollege Schulz, könnten Sie auch dazu einmal das Grundgesetz bemühen und das oberste Gericht anrufen. Eine Klärung wäre ganz gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kurzum: Von CDU/CSU und FDP in Bundestag und Bundesrat ist Konstruktives für eine Reformpolitik nicht zu erwarten. Sie wollen die Reformkraft unserer Koalition auf dem Weg zur Bundestagswahl 2006 mit Ihrer Mehrheit ersticken. Das lässt sich unschwer erkennen.

Für uns als Partei und als Fraktion ergibt sich natürlich die Frage nach der Chance, den Reformen neue Kraft zu geben, nicht nur Recht zu haben, sondern auch Recht zu bekommen, die Durchsetzbarkeit von Politik zu stärken. Für uns geht es auch um die Frage, ob es vermeidbar ist, dass mit Wahlniederlagen der SPD, die für die Politik der Reformen bezahlt, die Merkels und Westerwelles ihre Politik der sozialen Demontage beginnen können.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

„Heulen und Zähneklappern“ bei der Steuerreform haben Sie gefordert, Frau Merkel, ebenso „weit reichende Eingriffe“ in die Sozialsysteme, „deutliche Veränderungen bei den Flächentarifen“. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 36 Prozent und die Besteuerung der Nacht-, Feiertags- und Sonntagszuschläge, die Sie ankündigen, gehören in diese Linie. Mit Ihnen, Frau Merkel, wird es kalt in Deutschland. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer Situation wie dieser, mit einer Mehrheit von drei Stimmen aufseiten der Koalition im Bundestag und mit einer aufziehenden PDS/ML, unbeirrt durchs Feuer der Reformen zu gehen ist nicht einfach, nicht für die Partei, nicht für die Abgeordneten. Dass in dieser Lage manche von uns dem Bundeskanzler und unserer Politik handfeste Kursänderungen abverlangten, konnte jeder lesen und hören. Ich fand das falsch, aber es war so.

Ich habe nach der durch einen Verräter missglückten Ministerpräsidentenwahl in Schleswig-Holstein

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

– das scheint Sie nicht aufzuregen; mich regt das schon auf, wenn einer so handelt, wie das in Schleswig-Holstein passiert ist, nämlich feige bei geheimer Wahl –

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Ihr habt doch mal welche gekauft!)

Franz Müntefering

(A) und vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Sorge gehabt um die **Handlungsfähigkeit** meiner Partei und Fraktion und damit letztlich der Bundesregierung. Ich habe das dem Bundeskanzler auch gesagt. Es war auch meine Pflicht, das zu sagen. Es sei noch immer gut gegangen, höre ich. Richtig. Aber ich nehme an, das Kind muss nicht erst im Brunnen liegen, bevor man den Brunnen abdeckt. Man muss nicht erst Abstimmungen verlieren, bevor man darauf reagiert, dass man Abstimmungen zu verlieren droht bzw. nicht mehr gewinnen kann, und dem nur dadurch entgeht, dass man nicht handelt.

Das **Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen** war doch unmissverständlich. Die Frage lag offen zu tage – sie wurde uns doch auch gestellt –, wie es denn hier in Berlin weitergehen könnte. Darüber wurde offen spekuliert. Man wird sich erinnern, wenn man will. Deutschland darf aber seine Zeit nicht verschlafen. Wir dürfen nicht über ein Jahr durch das, was unterbleibt, weil es aussichtslos ist in dieser Konstellation, oder durch das, was im Bundesrat versandet, **Stillstand** in Deutschland haben. Wie handelt ein Bundeskanzler verantwortlich in einer solchen Situation? Doch nicht durch Produktion für den Mülleimer des Bundesrates, doch nicht durch das Einfordern von Nibelungentreue der Koalitionsfraktionen, ohne dafür etwas in Aussicht stellen zu können.

Es ist konsequent, in einer Phase, in der die gemeinsame Gewissheit über den richtigen und schwierigen Weg brüchig ist, die Klärung zu suchen und sie über die Wählerinnen und Wähler herbeizuführen. Es ist besser für unser Land, jetzt entschlossen die Richtung zu bestimmen. Aber das können eben nur die Wählerinnen (B) und Wähler. Die allermeisten Wählerinnen und Wähler wollen auch die **Bundestagsneuwahl,** wollen wählen.

Niemand wird dem Bundeskanzler bei seiner Vorgehensweise, bei seiner Entscheidung Vorteilsnahme oder Eigennutz vorwerfen können. Die Stimmung für die SPD war am 22. Mai in Deutschland nicht gut, sagen wir: eher schlecht. Sie ist auch heute noch nicht gut, sondern eher schlecht.

(Zuruf von der FDP: Recht so!)

– Abwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Trotzdem streben wir die Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres an. Wir streben sie an, weil wir ein klares Mandat für unsere **Politik der Reformen** wollen. Dafür gibt es Wahlkampf in der Demokratie, dafür gibt es Wahlen. Dafür werden wir kämpfen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen einen intensiven Wahlkampf, in dem die Probleme unseres Landes offen und deutlich angesprochen werden, in dem die politischen Konzepte verglichen werden und in dem die Richtungen geklärt werden. Frau Merkel, Sie werden sich nicht verstecken können. „Rüttgern“ geht in Berlin nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sie werden aus Ihrem Höhenrausch der Umfragen, die ja (C) auch schon zurückgehen, in die Ebene des politischen Alltags zurückkommen.

Dann werden sich die Wählerinnen und Wähler in Deutschland fragen, wer Deutschlands Interessen in Europa besser vertreten kann und wer die Statur hat, dieses Europa bauen zu helfen – Gerhard Schröder oder Sie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Wählerinnen und Wähler werden sich fragen, wer Deutschland aus dem andauernden Irakkrieg herausgehalten hat und wer damals wachsweich gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die Wählerinnen und Wähler werden Sie fragen, wer soziale Gerechtigkeit zur Meßlatte seiner Politik macht und wer mit Herrn Westerwelle als Kompagnon Arbeitnehmerrechte weitgehend schleifen will.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Wählerinnen und Wähler werden Sie fragen, wer den Mut zu Reformen hat, die sozialen Fortschritt ermöglichen, und wer das Soziale in der Marktwirtschaft mit seiner Politik torpediert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Entscheidung bei der **Abstimmung zur Vertrauensfrage** fällt manchen – vielen – Kolleginnen und Kollegen ausgesprochen schwer. Das weiß ich. Ich verstehe das und habe Respekt davor. Ich selbst enthalte mich der Stimme und bin mir da ganz sicher. (D)

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Vielleicht fällt mir das leichter als anderen; denn aus Gesprächen mit dem Bundeskanzler weiß ich, dass er selbst sich die Entscheidung zur Vertrauensfrage mit dem Ziel der Neuwahlen nicht leicht gemacht hat. Außerdem teile ich mit ihm die Überzeugung, dass Neuwahlen der bestmögliche Weg zur Klärung der politischen Richtung für Deutschland und zur **Legitimation** unseres politischen Auftrags sind.

Ob sich jemand so oder anders entscheidet, er kann dafür gute Gründe nennen. Wichtig ist, dass wir voneinander wissen, dass beides respektabel ist, dass wir uns aber einig sind in dem Bewusstsein, dass Gerhard Schröder als Bundeskanzler das **Vertrauen** der SPD-Bundestagsfraktion hat und dass wir ihn weiter als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland haben wollen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/ CSU: Das versteht kein Mensch! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

– Sie tun so, als ob es hier um **Misstrauen** ginge. Es geht heute nicht um Misstrauen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Doch!)

Franz Müntefering

(A) – Ach, das ist aber interessant! Dann, liebe Frau Merkel – Sie sind doch jetzt Kanzlerkandidatin –, stellen Sie den Antrag auf ein Misstrauensvotum. Sie werden sehen: Sie sind in der Minderheit hier in diesem Haus. Das werden Sie ganz deutlich erleben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Wird der Antrag jetzt wieder zurückgezogen? – Zurufe von der CDU/CSU)

– Das haben Sie wohl inzwischen aus den Augen verloren. Wir werden alles dafür tun, dass Sie auch in der nächsten Legislaturperiode in der Minderheit sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin mir unserer Verantwortung bewusst und bin sicher, dass wir, wie auch immer die Einzelnen heute stimmen werden, miteinander für eine Politik der **sozialen Demokratie** streiten werden. Die SPD wird gebraucht, die sozialdemokratische Idee wird gebraucht; denn populistische Illusionen sind so gefährlich, wie soziale Kälte widerlich. Beide sind im Kern unmoralisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bundeskanzler, lieber Gerd, wir stehen mitten in einer schwierigen Aufgabe für unser Land. Die SPD-Fraktion wird alles dafür tun, dass diese Aufgabe gelingt – zum Wohle unseres Landes, zum Nutzen der Menschen, mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler. Wir haben Vertrauen in Deutschland.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Guido Westerwelle, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Bundeskanzler, um es vorab zu sagen: Die Freien Demokraten unterstützen **Neuwahlen.** Wir wollen Neuwahlen und wir äußern hier ausdrücklich unseren Respekt vor Ihrer Entscheidung, mit der Vertrauensfrage den Weg für Neuwahlen freizumachen. In Deutschland ist eine politische Lage eingetreten, in der dieses Parlament die Macht an den Souverän, an das Volk, zurückgeben muss. Das Volk muss neu entscheiden. Deutschland braucht einen neuen Anfang und den gibt es nur mit einer neuen Regierung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Herr Kollege Müntefering, Sie haben sehr ausführlich zu erklären versucht, warum Sie heute misstrauen, aber trotzdem vertrauen. Das ist verfassungsrechtlich an dem vorbeigeredet, was der Herr Bundeskanzler hier gesagt hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Bundeskanzler hat sich – das ist sein gutes Recht – kritisch an die Opposition gewandt. Er setzt sich natürlich auch mit dem auseinander, was aus seiner Sicht an den Oppositionsparteien nicht überzeugt. Das ist, wie gesagt, sein gutes Recht. Aber im Kern hat der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland heute gesagt, er – Schröder – sei nicht an der Opposition und auch nicht am Bundesrat gescheitert, gescheitert sei er am mangelnden Vertrauen und am mangelnden Mut der Eigenen. Das ist heute das Entscheidende. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen ist es verfassungsrechtlich eben nicht ausreichend, darauf hinzuweisen, welche Gesetze Sie erlassen haben. Es ist mindestens genauso notwendig, darauf hinzuweisen, was Sie alles nicht tun konnten, weil Ihnen die Eigenen von der Fahne gegangen sind. Ich wiederhole: Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Politisch ist die Vertrauensfrage der Bürgerinnen und Bürger an die scheidende Regierung längst beantwortet. Die Bürger haben sich – auch darauf haben Sie hingewiesen – bei all den Landtagswahlen entschieden. Es ist deshalb richtig, dass die Deutschen durch Neuwahlen die demokratische Vertrauensfrage neu beantworten können. Diese Neuwahlen sind kein Coup. Sie sind auch keine Flucht nach vorne. Sie als Regierung stehen mit dem Rücken zur Wand, weil Sie die Mehrheit der Menschen nicht mehr hinter sich haben und weil Ihnen jetzt auch noch die eigenen Leute davonlaufen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Sie sind auch nicht an der Agenda 2010 gescheitert. Sie sind nicht am Bundesrat gescheitert. Sie sind nicht am Vermittlungsausschuss oder an der Opposition gescheitert. Gescheitert sind Sie an Ihrer eigenen Mutlosigkeit, Wankelmütigkeit und Ihrer mangelnden Kraft; mit einer mutigen Politik mehr zustande zu bringen als eine Schmalspuragenda.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Neuwahlen sind aus unserer Sicht verfassungskonform. Sie sind politisch richtig und sie sind die einzige Chance, den gordischen Knoten, der Deutschland fesselt, zu durchschlagen. Unser Land kann sich diese Agonie nicht länger leisten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Einige meinen, das mangelnde Vertrauen, das Abgeordnete der Koalition heute hier zum Ausdruck bringen, sei vorgetäuscht. Es ist genau umgekehrt: Das **Vertrauen,** das einige Abgeordnete der Koalition heute unbedingt demonstrieren wollen, ist in Wahrheit fragwürdig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dass diejenigen, die schon bei der Schmalspuragenda 2010 nicht mehr mitmachen wollten, heute nicht schuld sein möchten am Ende von Rot-Grün, ist keine

Dr. Guido Westerwelle

(A) ausreichende Basis für eine Regierung, die Deutschland regieren möchte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Adressiert an die, die es betrifft – Herrn Kollege Ströbele und die anderen Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten, die Sie heute Treueschwüre geradezu demonstrativ im Deutschen Bundestag zum Ausdruck bringen wollen –: Wenn einige Fundamentalisten und Linke der Grünen und der SPD dem Bundeskanzler heute das Vertrauen aussprechen, obwohl sie seine Politik jahrelang bekämpft haben, so ist das die eigentliche Heuchelei des Tages.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Bundeskanzler wird in der „Zeit“ so zitiert, das eigentliche Problem hätte darin bestanden, dass die Kombination Rot-Grün zu dieser gesellschaftlichen Situation, die wir haben, nicht wirklich passte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

Weiter wird der Bundeskanzler in der „Zeit“ zitiert:

> Wohl aber kostete es in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Kraft, das zusammenzuhalten, was quer stand zu den Bedürfnissen der Republik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

(B) Wir werden nicht herausfinden, ob das, was die „Zeit“ zitiert, auch tatsächlich so gesagt worden ist. Aber nach Ihrer Erklärung hier kann man jedenfalls feststellen: Die politischen Tatsachen in diesem Hause sind so richtig beschrieben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das stetige Vertrauen hat diese Regierung vor allem deshalb verloren, weil ihre Politik nie stetig war. Sie haben keine Politik aus Überzeugung gemacht. Sie sind von den Verhältnissen getrieben worden. Das hat Ihre Politik manchmal pragmatisch, aber immer öfter prinzipienlos gemacht. Rot-Grün hat vor wenigen Wochen noch die Senkung der Körperschaftsteuer für Großunternehmen verkündet und letzte Woche wieder zurückgeholt. Zum Jahresanfang wurde der Spitzensteuersatz gesenkt; jetzt beschließen Sie eine Neidsteuer für Großverdiener. So ging das auch mit der Ausbildungsplatzabgabe – ein einziges Hin und Her. So ist das mit den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gegangen – mal ja, mal nein. So war es mit der Rentenversicherung: Erst ist der demographische Faktor aufgehoben worden und später ist im Hohen Hause eingestanden worden, dass das Ihr großer Fehler war. Es folgte auf ein Ja ein Nein, auf die neue Mitte,

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Die alte Linke!)

mit der Sie 1998 an die Macht gekommen sind, folgte die alte Linke. Auf die Agenda 2010 folgte der programmatische Klassenkampf mit Heuschrecken und Neidsteuer. Das ist nicht die Zukunft Deutschlands! (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die neue Regierung wird ein schweres Erbe antreten. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, von guten Jahren unter Rot-Grün gesprochen haben, ist das aus meiner Sicht ein erschreckendes Maß an Realitätsverlust.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Ihrer Meinung nach guten Jahre von Rot-Grün haben Deutschland die höchste **Arbeitslosigkeit** seit Gründung der Republik gebracht.

(Jörg Tauss [SPD]: Falsch!)

Noch niemals sind jedes Jahr so viele **Schulden** neu aufgenommen worden. Die Zahl der jährlichen **Pleiten,** vor allem im Mittelstand, ist auf Rekordhöhe. Die **sozialen Sicherungssysteme** wurden nicht fester, sondern brüchiger und unser **Bildungswesen** bekommt international schlechte Noten.

Das, was Sie für sich reklamieren, ist doch auch mehr als fragwürdig: Von den Bürgerrechten bis hin zu den Menschenrechten – die **Beliebigkeit** war Ihr Markenzeichen. Ich denke jetzt nur an die Aufhebung des Bankgeheimnisses oder die Waffenexporte nach China.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb wird eine neue Regierung den großen Wurf wagen müssen und wird sich nicht mit einer Politik der Trippelschritte zufrieden geben. Klein-Klein, hin und her, ein Schritt nach vorn und zwei zurück – das hatten wir sieben Jahre. Diese Zeit muss im Herbst vorbei sein. Nur mit einem **neuen Anfang** und einer beherzten Politik werden die Bürgerinnen und Bürger wieder Mut zur Zukunft fassen. Deswegen ist unser Ziel nicht zuerst der Regierungswechsel. Unser Ziel ist der **Politikwechsel** für unser Land; der Regierungswechsel ist Mittel zum Zweck. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir wollen einen Politikwechsel, in dem Freiheit zur Verantwortung wieder Maßstab jeder politischen Entscheidung wird. Wir wollen einen Politikwechsel, damit das Erwirtschaften wieder vor das Verteilen gesetzt wird.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sagen Sie das doch mal konkret!)

Wir wollen einen Politikwechsel, damit die Chancengleichheit am Start nicht länger mit Gleichmacherei am Ziel verwechselt wird.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Alles Sprüche!)

Ja, und wir wollen einen Politikwechsel, damit sich Leistung wieder lohnt und derjenige, der arbeitet, mehr hat als derjenige, der nicht arbeitet. Wenn Sie die wirtschaftliche Vernunft immer wieder gegen die soziale Gerechtigkeit ausspielen, dann werden Sie beiden nicht gerecht werden. Soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz oder auch kulturelle Vielfalt – all das hängt davon ab, dass

Dr. Guido Westerwelle

(A) Deutschland der Arbeit wieder Vorfahrt gibt. Wir brauchen eine wachstumsorientierte Politik, eine wirtschaftsfreundliche Politik, weil jede soziale Gerechtigkeit erst einmal erwirtschaftet werden muss. Das ist der neue Anfang. Unsere Politik ist wirtschaftlich überzeugender und sie ist sozialer als all das, was Sie in sieben Jahren zustande gebracht haben.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU/CSU – Abgeordnete der FDP erheben sich von ihren Plätzen – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Alles nur Sprüche!)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Bundesminister Joseph Fischer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, hätte sich gewünscht, dass die Koalition das Mandat der Wählerinnen und Wähler, das wir mit der erfolgreichen Bundestagswahl 2002 bekommen haben, im Interesse und zur Erneuerung unseres Landes voll erfüllen hätte können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichwohl ist es die Entscheidung des Bundeskanzlers als Institution und als Person – so ist es in Art. 68 des Grundgesetzes vorgesehen; ich füge hinzu, dass dies
(B) auch die politische Entscheidung unseres Koalitionspartners ist –, die Vertrauensfrage zu stellen, wenn er zu der Überzeugung kommt, dass seine Mehrheit in diesen schwierigen Zeiten nicht mehr voll belastbar ist.

Die Deutschen wollen jetzt wählen. Deswegen müssen sich jetzt alle Entscheidungen darauf konzentrieren, dass es nicht zu einer Hängepartie, sondern zu der von beiden Seiten des Hauses gewollten **neuen Legitimierung** – wie immer sie auch ausfallen mag – einer **Politik der Erneuerung unseres Landes** kommt. Darüber müssen wir dann im Wahlkampf politisch streiten.

Große Worte waren heute zu hören. Von der „Schmalspuragenda“ sprach ein Schmalspurpolitiker.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP: Peinlich!)

– Das gefällt Ihnen nicht. Peinlich ist es, die Agenda 2010 angesichts der Widerstände, mit denen wir es bei der Erneuerung unseres Landes zu tun haben, als Schmalspuragenda zu bezeichnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Peinlich war Ihre Rede. Sie wollen Vizekanzler und Frau Merkel möchte Kanzlerin werden, ohne auch nur ein Wort zu den zentralen Punkten der Alternativen – um die geht es ab heute, wenn Sie Ihr Misstrauen ernst nehmen – gesagt zu haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (C)

Das begrenzt sich dann auf die Aussage, eine Politik aus einem Guss machen zu wollen. Das ist ein alter Hut; das alles haben wir schon einmal gehört. Wo, bitte, bewegt sich diese Politik aus einem Guss? Zwischen Bierdeckelsteuerreform, Kopfpauschale und Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung. Es wäre für die Deutschen interessant gewesen, das heute einmal zu hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das sind die Alternativen, die Sie ihnen vorschlagen.

Es ist doch völlig klar: Sie wollten Rot-Grün nicht – und dies nicht nur aus politischen Gründen. Es hat Ihnen auch nicht gepasst, dass eine demokratische linke Mehrheit, die sich auch auf die 68er-Bewegung bezieht, von den Deutschen gewählt wurde. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieser Unterschied besteht nach wie vor. Darüber werden Sie nicht hinwegdiskutieren können.

Diese Koalition hat allen Grund, stolz auf das zu sein, was wir erreicht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich sage das bewusst an (D)
die Koalition. Diese Koalition war noch nicht gebildet worden, da wurden wir in das Kanzleramt gerufen – ich werde das nie vergessen; Gerhard Schröder war gewählt; wir hatten vereinbart, dass wir eine rot-grüne Koalition bilden wollten – und hatten zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland über **Krieg und Frieden** zu entscheiden. Das waren Entscheidungen, die uns alles andere als einfach gefallen sind.

Aber wenn ich zehn Jahre nach den Vorfällen in Srebrenica zurückschaue und die Erfahrungen, die wir im Hinblick auf Mazedonien gemacht haben, betrachte, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wir haben die Verantwortung, vor die unser Land nach dem Ende des Kalten Krieges gestellt wurde, nicht nur wahrgenommen, sondern im Interesse von **Frieden, Freiheit und Menschenrechten** auch entsprechend umgesetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das waren schwere Auseinandersetzungen; ich weiß, wovon ich rede.

Frau Merkel, Sie machen es sich zu einfach. Sie werden sich täuschen, wenn Sie meinen: Das interessiert die Leute nicht. Gegenwärtig kommen Sie mir mit Ihren Umfragen wie ein wunderbar anzuschauendes Soufflé im Ofen vor.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Bundesminister Joseph Fischer

(A) Wir werden sehen, was von der Größe in den letzten drei Wochen tatsächlich übrig bleibt, wenn der Souverän da hineinpikst. Da bin ich sehr gespannt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir waren der Meinung, ein Eingreifen in Serbien musste sein. Wir konnten Milosevic nicht länger zuschauen; wir mussten ihm in den Arm fallen. Wir waren der Meinung: Wir mussten Soldaten nach Afghanistan schicken.

(Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Wir doch auch!)

In einem bestimmten Punkt trennten sich aber die Wege. Für uns geht Bündnisloyalität nicht vor Vernunft. Im Hinblick auf den Krieg im Irak waren wir nicht überzeugt; Sie waren da völlig anderer Meinung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist peinlich, Frau Kanzlerkandidatin, dass Sie sich nicht trauen, jetzt in die USA zu fahren; sonst war das nicht so.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein! – Das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich, Sie haben Ihre Reise doch abgesagt. Bei uns wurde von amerikanischer Seite nachgefragt, warum Sie diesmal nicht kommen. Fürchten Sie etwa die Bilder angesichts der Probleme, die die USA im Irak haben? Um
(B) solche Fragen geht es. Darauf wollen die Deutschen Antworten von Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Schmierstoff – was man bei diesem Wort doch für Assoziationen hat!

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zuerst fällt mir Pfahls ein.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Er war Staatssekretär, allerdings nicht unter Gerhard Schröder, sondern in der Regierung, in der auch Sie waren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dann fallen mir Herr Kanther und Frau Agnes Hürland-Büning ein. Ich hatte die Ehre, auch sie noch kennen zu lernen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Kanther!)

– Kanther habe ich schon erwähnt. – Ich kann Ihnen nur sagen: Sie mögen zwar für sich beanspruchen, die bessere Alternative zu sein. Aber Sie sollten nicht auf dem hohen moralischen Ross dahergetrabt kommen; denn angesichts der **Schmiergeldaffären,** die Sie zu verantworten haben, wäre es ein schändlicher Esel!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (C)

Die Demographie kommt nicht über Nacht. Vielmehr ist uns die **Bevölkerungsentwicklung** Jahrzehnte im Voraus sehr genau bekannt. Ich erinnere mich noch, dass ich, als ich noch in der Opposition war, jahrelang von Norbert Blüm und Helmut Kohl gehört habe: „Die Rente ist sicher." Es war doch Walter Riester, auf den Sie eingedroschen haben bis zum Gehtnichtmehr, der angesichts der Herausforderungen der Demographie – dass wir Gott sei Dank immer älter werden – eine historische Reform durchgeführt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es war Walter Riester, der eine **zweite Rentensäule** eingeführt hat. Gott bewahre, aber Sie werden noch froh sein, dass wir das getan haben! Was haben Sie getan? Fehlanzeige. Es hieß immer nur: „Die Rente ist sicher."

Das gilt auch für die notwendigen **Reformen auf dem Arbeitsmarkt.** Wir haben die Bundesanstalt für Arbeit doch nicht erfunden, sondern wir haben sie vorgefunden,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

und wir haben auch keine Pläne in der Schublade entdeckt, als wir unsere Arbeit aufgenommen haben.

In Richtung beider Koalitionsparteien sage ich: Ich weiß, wie schwer es ist, das zur Kenntnis zu nehmen; aber es war nicht unsere Absicht, unsere eigenen Wählerinnen und Wähler zu vertreiben. Der eine, der 1999 stiften gegangen ist, ist aber nicht wegen des Kosovo-Krieges stiften gegangen, sondern deshalb, weil der Haushalt – bei einem Spitzensteuersatz von damals 53 Prozent – nicht mehr aufzustellen war. (D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Oh! Oh!)

Deswegen ist er damals stiften gegangen. Diesen Kritikpunkt kann ich nachvollziehen; denn ich gehöre nicht zu denjenigen, die, wie es Herr Westerwelle in engster Schmalspur getan hat, sagen: Wir haben keine Fehler gemacht. Wo Menschen agieren, auch in der Bundesregierung, werden Fehler gemacht.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Wie großzügig von Ihnen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Oh! Oh!)

– Nur Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, machen keine Fehler, Sie sind der Fehler.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Aschermittwoch war aber viel früher! Der ist längst vorbei!)

In unserem ersten Regierungsjahr – das gebe ich zu – wurden Fehler gemacht. Aber eines war völlig klar: Wenn wir die Menschen wieder in Lohn und Brot bringen wollen, müssen wir einen **aktivierenden Arbeitsmarkt** schaffen. Ich bekenne ganz offen: In diesem Wahlkampf haben wir das Problem, dass die aktivieren-

Bundesminister Joseph Fischer

(A) den Teile unserer Reformen erst langsam zu wirken beginnen. Gleichzeitig aber – das steht derzeit im Vordergrund; darauf komme ich später noch zu sprechen – fühlen sich die Menschen bedrängt und bedrückt und sehen, dass ihre Einkommen gekürzt werden. Dazu sage ich Ihnen: Die 5 Millionen Arbeitslosen, die Sie ständig anführen, hätte es schon unter der Verantwortung von Helmut Kohl gegeben, wenn die Sozialhilfeempfänger bereits damals einen Vermittlungsanspruch gehabt hätten;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

das wissen Sie ganz genau.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Zu den jungen Alleinerziehenden sage ich: Ich selbst kenne Fälle

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

wie den, dass eine Alleinerziehende mit zwei Kindern tatsächlich ihren Job als Rechtsanwaltsgehilfin aufgeben musste, weil sie Probleme mit der Betreuung ihrer Kinder hatte. Selbstverständlich hat sie einen Berechtigungsschein für den Bezug von Sozialhilfe bekommen. Damit muss in diesem Land Schluss sein. Diese Situation wollen und werden wir beenden. Das ist nicht weniger, sondern mehr **soziale Gerechtigkeit.**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(B) Das gilt auch für die **Jugendarbeitslosigkeit.** Schauen Sie sich doch einmal an, wo wir im europäischen Vergleich tatsächlich stehen. Es war richtig, den **Pakt für Ausbildung** ins Leben zu rufen und unsere Anstrengungen in diesem Bereich zu erhöhen. Genauso richtig ist es, nicht zu akzeptieren, dass das Berufsleben in der Sozialhilfe beginnt. Diese Situation darf in Zukunft nicht mehr die Realität bestimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Natürlich wünsche auch ich mir, dass wir die Zusatzverdienste anheben können. Aber ob Ihre Vorstellung einer **Lohnsubvention** tatsächlich zu einem Abbau der Zahl von geringfügigen und prekären Beschäftigungsverhältnissen führt oder nicht zu einer gewaltigen Bürokratie und im Wesentlichen zu Mitnahmeeffekten, werden wir noch sehr konkret zu diskutieren haben. Ich bin der Meinung, dass Sie die Effekte, die Sie damit erzielen werden, im Grunde genommen vergessen können; das werden im Wesentlichen Mitnahmeeffekte sein. Dazu hätten wir heute gerne etwas von Ihnen gehört.

(Dirk Niebel [FDP]: Es geht hier um die Vertrauensfrage!)

Zu Ihrer **Bierdeckel-Steuerreform** – ich weiß nicht, ob Herr Merz im Raum ist –: Sie sind als Steuersenkungspartei angetreten, und zwar als ganz besondere Steuersenkungspartei. Jetzt verkünden Sie Steuererhöhungen zu Beginn der Steuersenkungen. Diese Form von Dialektik – lassen Sie sich das von einem Alt-68er sagen – kann selbst ich nicht nachvollziehen, obwohl ich von Dialektik einiges verstehe, meine Damen und Herren. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nun zu Ihrer Kanzlerkandidatin: Das Erste, bei dem sie konkret wurde, war das Hurra für die **Atomenergie.** Sie spricht sich dafür aus, dass Deutschland die Option Atomenergie wieder voll nutzt. Für diese Ansage sind wir sehr dankbar; denn das macht die Alternative klar. Wir halten diese Form der Energieerzeugung für nicht verantwortbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das Zweite ist, dass Sie im Bereich der **erneuerbaren Energien** wieder zurückwollen.

Wenn Sie nicht nach Moskau fahren und auch nicht nach Washington, dann fahren Sie im Sommer einmal nach Peking. Es ist doch für den Exportweltmeister irrsinnig, zu meinen, der Feldhamster und die Mopsfledermaus seien das Wachstumshemmnis.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Fahren Sie einmal nach China oder nach Indien! Da können Sie sozusagen von der Mopsfledermaus und vom Feldhamster etwas lernen, Frau Merkel.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (D)

Mit dem Eintritt dieser großen Volkswirtschaften in den Weltmarkt haben alle ökonomischen Fragen ökologische Konsequenzen und sind deswegen auch ökologische Fragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wer etwas anderes meint, stellt die Zukunft der Arbeitsplätze in diesem Land infrage. Die deutsche Automobilindustrie kann sich nicht erlauben, zweitklassige **Technologie** anzubieten; sonst sind wir weg, wie in der Photoelektronik, in der Photooptik und in der Unterhaltungselektronik. Wenn die Franzosen den Dieselrußfilter anbieten und die deutsche Automobilindustrie nicht, wenn die Japaner das große Geschäft mit Hybridantriebautos in den USA machen und genauso viel verkaufen wie Audi an konventionellen Autos, dann sage ich Ihnen: Exakt das ist die andere Politik, die Politik, die Sie wollen, und das gefährdet die Arbeitsplätze in diesem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, jetzt gilt es, die Unterschiede herauszuarbeiten. Ich nenne als Stichworte die Steuerreform, die Kopfpauschale, die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir wollen die **Bürgerversicherung.** Das Entscheidende ist: Wir wollen erneuerte Sozialsysteme. Aber bei einem gibt es für

Bundesminister Joseph Fischer

(A) mich keine Diskussionen; das halte ich für unbedingt notwendig: Ich möchte, dass unsere demokratische Gesellschaft solidarisch ist,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

eine Gesellschaft entlang von Arm und Reich, von Jung und Alt. Das bedeutet auch eine nachhaltige Solidarität gegenüber den kommenden Generationen. Ich möchte, dass wir auch international solidarisch sind.

Das ist die Alternative zu einer Politik der kalten Modernisierung, gegen die wir kämpfen. Sie haben schon einmal Möbel bestellt, die Bilder waren auch schon geordert, aber es ist nichts geworden. Also schauen wir einmal! Ich bin der festen Überzeugung, dass wir alle Chancen haben, wenn wir kämpfen – und das werden wir –, zu gewinnen und nicht zu verlieren.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Die Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD erheben sich)

Präsident Wolfgang Thierse:
Ich erteile das Wort Kollegin Gesine Lötzsch.

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):
Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Abgeordnete der PDS.

(B)

(Zurufe von der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Für Bundeskanzler Schröder war es immer wichtig, dass er Zuspruch von den Reichen und Mächtigen bekommt. Er war der Autokanzler, er war der Kanzler der Arbeitgeber. Er wurde von Rogowski, Hundt, den vielen anderen Arbeitgebervertretern und der „Bild"-Zeitung für seine Politik gelobt und angefeuert. Mich würde es nicht wundern, wenn „Bild"-Chef Diekmann morgen mit der Schlagzeile kommt: „‚Bild' ist Kanzler". Ich hatte nämlich oft den Eindruck, dass die Tagesordnung des Kabinetts erst nach der Lektüre der „Bild"-Zeitung festgelegt wurde.

Erinnern wir uns nur an **Florida-Rolf.** Am 16. August 2003 berichtete die „Bild"-Zeitung von dem Sozialhilfeempfänger Rolf John, der in Florida lebte und angeblich seine so fette Sozialhilfe unter Palmen verprasse. Schon zwei Monate später wurde das entsprechende Gesetz geändert. Florida-Rolf ist wieder in Deutschland und bekommt mehr Sozialhilfe als in Florida. So schnell konnte die Bundesregierung arbeiten, wenn ihr Probleme wirklich wichtig erschienen.

Jetzt, nachdem die Bundesregierung sieben Jahre verstreichen ließ, fällt ihr plötzlich ein, was alles nicht geschafft ist. Nachdem die Regierung den Höchststeuersatz auf ein historisches Tief abgesenkt hat, fordert sie nun die **Reichensteuer.** Das ist Wählertäuschung.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Übrigens hatte die SPD schon im Wahlkampf 1998 die Vermögensteuer versprochen. Es gibt sie noch immer nicht. So viel zur Glaubwürdigkeit der SPD. (C)

Frau Merkel ist allerdings keine soziale Alternative zu der jetzigen Regierung.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Im Gegenteil, wir dürfen nicht vergessen, dass die **Praxisgebühr** und die **Hartz-Gesetze** auch von der CDU/CSU getragen wurden. Frau Merkel wird nicht alles anders machen. Sie wird die gescheiterte neoliberale Politik der Schröder-Regierung mit noch größerem Eifer fortsetzen und damit genauso scheitern, wie die jetzige Regierung gescheitert ist; denn den Wirtschaftsweisen wie Herrn Rürup ist es egal, wer unter ihnen Kanzler ist. Die Schröder-Regierung hat die Medizin der Wirtschaftsweisen nicht vertragen. Herr Rürup wird der neuen Patientin, der Merkel-Regierung, wieder die gleiche falsche Medizin verschreiben.

Meine Damen und Herren, wir brauchen vor allem einen Politikwechsel. Der Grundansatz der Politik war falsch. Die Lohnkosten sollten auf chinesisches Niveau gedrückt werden.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Quatsch!)

Die Regierung hat ihre ganze Kreativität in den Fragebogen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger gesteckt, anstatt Wissenschaft und Forschung, Innovationen und Ausbildung zu fördern.

(D)

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Die rot-grüne Regierung hat **Arbeitslose** unwürdig behandelt. Sie hat, obwohl sie weiß, dass es zu wenige Arbeitsplätze in unserem Land gibt, immer wieder suggeriert, man müsse Arbeitslose nur drangsalieren, dann fänden sie schon Arbeit. Das ist bösartig, unwürdig und mit uns als PDS nicht zu machen.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Ich frage mich manchmal, zu welchen Methoden die Regierung noch gegriffen hätte, wenn wir nicht Exportweltmeister und nicht eines der reichsten Länder der Erde wären.

Es ist grundsätzlich falsch, zu glauben, dass **Reformen** nur dann wirken, wenn sie wehtun. Reformen, die wir als PDS vorschlagen, tun nicht weh; sie sind für die große Masse der Bevölkerung völlig schmerzfrei. Die Einführung der Vermögensteuer, ein Höchststeuersatz von circa 50 Prozent, eine höhere Erbschaftsteuer, die Tobinsteuer, all diese Reformen werden den Betroffenen nicht wehtun.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Die Betroffenen werden sich nach diesen Reformen nicht einmal einschränken müssen.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf Neuwahlen. Es besteht nämlich die Hoffnung, dass noch in diesem Jahr eine starke linke Fraktion in den Bundestag

Dr. Gesine Lötzsch

(A) einzieht und eine schwarz-gelbe Regierung nicht schalten und walten kann, wie sie es gerne möchte.

Präsident Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):

Ich bin sofort fertig. – Wir als PDS wollen etwas ganz Einfaches erreichen: Die Menschen sollen gesund und in Würde und Frieden arbeiten können. Dafür haben wir gute Konzepte, für die die Bürgerinnen und Bürger am Wahltag stimmen können.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Michael Glos, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Michael Glos (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das rhetorische Feuerwerk, das Herr Fischer losgelassen hat,

(Dr. h. c. Susanne Kastner [SPD]: Das war sehr gut!)

(B) lenkt davon ab, dass wir heute aus einem ernsten Anlass zusammengekommen sind. Der Anlass ist sehr ungewöhnlich in der Geschichte unseres Landes und sollte ungewöhnlich bleiben. Es geht darum, dass der Herr Bundeskanzler bittet, über den Weg des Misstrauensvotums aus dem Amt zu kommen,

(Dr. h. c. Susanne Kastner [SPD]: Vertrauensfrage!)

um die Regierung bzw. die Koalition, die ihn nicht mehr trägt, loszuwerden und um sich eine neue und andere Mehrheit zu suchen, die seine Politik möglicherweise trägt. So habe ich das Ganze verstanden.

(Zurufe von der SPD)

Ich halte das – damit das klar ist – auch für legitim. Wir sind keine Bananenrepublik. Art. 68 unserer Verfassung sieht diese Möglichkeit vor. Wir stehen dem nicht im Weg, weil wir wollen, dass in diesem Land neu gewählt wird. Die Menschen warten darauf, weil sie gemerkt haben, dass es so nicht weitergehen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vorhin ist die „Bild"-Zeitung angesprochen worden. In ihrer heutigen, neuesten Ausgabe steht, dass 88 Prozent der Bevölkerung eine andere Regierung wollen. Ich bin überzeugt, dass sie nach dem 18. September 2005 eine andere, eine bessere Regierung bekommen werden. Das ist auch bitter notwendig.

Heute wurde mit einem „Danke, Kanzler" aufgemacht. Ich bitte aber, auch das Kleingedruckte zu lesen. Das „Danke" bezieht sich nicht auf Ihre Leistung, Herr Bundeskanzler, sondern darauf, dass Sie endlich den Weg für eine bessere Politik in Deutschland freimachen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bundesaußenminister hat zwar noch den Nadelstreifenanzug an, rhetorisch hat er ihn heute aber wieder ausgezogen. Er hat eine reine Oppositionsrede gehalten. Er hat so getan, als ob er schon in der Opposition sei.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat gesagt, wo es langgeht! Darauf warten wir bei Ihnen noch immer!)

Dort werden wir ihn hinschicken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe erwartet, dass Joseph Fischer etwas über die Erfolge seiner Politik sagt. Die waren ungeheuer gering. Nur die Zeit hat ihn gezwungen, Verantwortung zu übernehmen, als das Menschenmorden im ehemaligen Jugoslawien nicht mehr mit anzusehen war. Er hat nichts dazu gesagt, dass uns die Hauptziele der grünen Politik ein ganzes Stück an Schwierigkeiten gebracht haben: doppelte Staatsbürgerschaft, Masseneinwanderung.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Kennen Sie die Zahlen in der Zeit Kohl?)

(D) Er hat auch nichts zum **Visamissbrauch** gesagt, den er sanktioniert hat. Man hat verfassungswidrig versucht, den Untersuchungsausschuss zu beenden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Verunsichern Sie nicht die Leute!)

Er hat auch nichts dazu gesagt, dass er Europa im Grunde genommen mit an die Wand gefahren hat und dass das **Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika** so schlecht ist wie eigentlich noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Zu all diesen Dingen hat er nichts gesagt. Er hat lediglich ein gigantisches Ablenkungsmanöver vollzogen.

Es ist sehr bezeichnend, dass er dafür aus Ihren Reihen einen gewaltigen Beifall bekommen hat.

(Gernot Erler [SPD]: Er war einfach besser als Sie!)

– Sie wollen doch Inhalte. Wissen Sie, ich kann Bundeskanzler Schröder gut verstehen. Mit einem solchen Haufen, der sich heute wieder entsprechend verhält, kann man wirklich nicht regieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen: Der Weg zu Neuwahlen ist klar und ich hoffe, dass er auch beschritten werden kann. Aber dass Sie, Herr Bundeskanzler, wenn dieser Weg frei ist, wieder als

Michael Glos

(A) Spitzenkandidat antreten, ist meiner Ansicht nach für die Mehrheit der Deutschen unmöglich. Ich frage Sie: Mit wem wollen Sie Ihre Agendapolitik weiter betreiben? Mit den Damen und Herren auf der Regierungsbank, mit den Damen und Herren der Koalition oder mit denen, die, wie Ihr ehemaliger Freund Lafontaine und Gysi, vor der Tür stehen und sich schon jetzt in Destruktivität unserem Land gegenüber überbieten? Sie werden doch nicht glauben, dass sich mit den Mehrheiten, die sich da andeuten wollen, eine ordentliche Politik machen lässt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diejenigen, die angetreten sind, das moderne, wirtschaftlich blühende, ökologisch orientierte und sozial gerechte Deutschland zu schaffen – das sind Sie auf der Regierungsbank und Sie von den Koalitionsfraktionen –, stehen heute vor einem gewaltigen Scherbenhaufen der eigenen Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

All Ihre Ziele sind verfehlt worden: Im Jahresdurchschnitt sind 5 Millionen Menschen arbeitslos. 1,4 Millionen **Arbeitsplätze** sind in den letzten vier Jahren verloren gegangen. Die **Bundesschulden** sind um 180 Milliarden Euro gestiegen. Die **Investitionsquote** ist von 12,5 Prozent im Jahre 1998 auf unter 9 Prozent in diesem Jahr zurückgegangen.

(Dr. h. c. Susanne Kastner [SPD]: Ich würde an Ihrer Stelle auswandern!)

(B) Allein im Bundeshaushalt sind Zinszahlungen von 40 Milliarden Euro ausgewiesen

(Lothar Mark [SPD]: Bei der CDU/CSU waren es 1998 80 Milliarden DM!)

und in der Rentenversicherung gibt es ein gewaltiges Defizit. Sie ist nur noch dadurch vor der Illiquidität zu bewahren, dass Zahlungen um vier Wochen vorgezogen werden.

All das spricht doch Bände. Das sind harte Fakten und Tatsachen. Um diese kommen Sie nicht herum.

Die Finanzierung der Arbeitslosigkeit überfordert uns. Wir brauchen wieder Wachstum und Dynamik. Wir brauchen auch wieder die Werte, die hier noch einmal beschworen und früher von den 68ern in den Schmutz gezogen worden sind. Wenn wir in Deutschland nicht wieder zu unseren **Tugenden** zurückkehren, die man einmal die preußischen Tugenden genannt hat – das sage ich als Bayer –, wie Fleiß, Disziplin, Leistungsbereitschaft, Mut, auch Mut zu Wahrheit und Klarheit,

(Lachen bei der SPD)

dann werden wir es letztlich nicht schaffen. Wir werden diesen Weg vorgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Bundeskanzler, ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört.

(Jörg Tauss [SPD]: Sehr gut!)

Ich war darauf gespannt, ob Sie, nachdem Sie erklärt haben, wer alles schuld sei, vielleicht am Schluss ein ganz kleines Stückchen Schuld bei sich suchen. Das haben Sie nicht getan. Es war eine selbstgerechte Rede. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Ah!)

Ich kann das verstehen. Es war vielleicht eine **Rechtfertigungsrede** für die Tatsache, dass Sie den Schritt, Neuwahlen über Art. 68 des Grundgesetzes anzustreben, getan haben, weil Sie ursprünglich glaubten, Sie könnten damit Ihre Genossinnen und Genossen, Ihre eigene Partei disziplinieren und ein Stück weit von dem ablenken, was in Nordrhein-Westfalen – zu Recht – geschehen ist. Das war Ihr Versuch.

Inzwischen hat dies natürlich eine gewaltige Eigendynamik bekommen. Ich befürchte, Sie werden als derjenige in die Geschichte der SPD eingehen, der diese große Volkspartei – wie soll ich sagen? – zertrümmert hat, der den Prozess eingeleitet hat, der diese Volkspartei zerstört.

(Widerspruch bei der SPD)

Der heutige im Stehen gespendete Beifall ist doch nur noch ein Pfeifen im Walde. Ehrlich gegenüber den Menschen wäre es, den rückwärts gewandten Herrn Fischer als Kanzlerkandidaten aufzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Präsident, ich sehe, meine Redezeit geht zu Ende. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß, dass Sie sich darüber freuen. – Da ich das Votum, mit dem Sie Herrn Bundeskanzler Schröder das Misstrauen aussprechen wollen, nicht verzögern möchte, sage ich nur noch einen Satz: Die rot-grüne Schlussbilanz fällt trotz der heutigen Reden verheerend aus. Die Neuwahlen eröffnen unserem Land neue Chancen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung – bitte behalten Sie Platz; es dauert noch ein bisschen – über den vom Bundeskanzler eingebrachten Antrag nach Art. 68 Abs. 1 des Grundgesetzes, ihm das Vertrauen auszusprechen.

Ich stelle fest, dass die für die Abstimmung über den Vertrauensantrag des Bundeskanzlers in Art. 68 Abs. 2 des Grundgesetzes vorgeschriebene Frist von 48 Stunden eingehalten ist. Der Bundeskanzler hat den Antrag gemäß Art 68 Abs. 1 des Grundgesetzes am 27. Juni 2005 gestellt. Der Antrag ist am selben Tag als Drucksache 15/5825 verteilt worden.

Präsident Wolfgang Thierse

(A) Bevor wir zur Abstimmung kommen, teile ich mit, dass schriftliche Erklärungen zur Abstimmung von 15[1)] Abgeordneten vorliegen.

Sodann erteile ich dem Kollegen Werner Schulz das Wort zu einer mündlichen Erklärung nach § 31 unserer Geschäftsordnung.

Werner Schulz (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bundeskanzler, ich werde mich an dieser Abstimmung nicht beteiligen. Was hier abläuft, ist ein inszeniertes, ein absurdes Geschehen. Die Ereignisse der letzten Woche und die heutige Debatte haben mich trotz staatsmännischer Rede nicht überzeugt. Hier läuft eine fingierte oder, wie die Juristen sagen, eine unechte Vertrauensfrage.

Schon der erste Satz Ihres Antrages, Herr Bundeskanzler, ist unwahr. Sie wollen doch gar nicht, dass man Ihnen das Vertrauen ausspricht. Sie wollen diese Abstimmung verlieren. Sie suchen einen Grund für Neuwahlen und damit das organisierte Misstrauen. Sie selbst haben verkündet, sich der Stimme zu enthalten. Aber was ist ein Kanzler, der das Selbstvertrauen verloren hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie sollten übrigens die Argumentation mit Franz Müntefering noch einmal genau abstimmen. Er ist stolz (B) auf den Meinungsstreit in der Fraktion, für Sie ist er ein Anlass zu Misstrauen. Im Übrigen, Franz Müntefering, Ihre Aufforderung an Angela Merkel, hier das **konstruktive Misstrauensvotum** herbeizuführen, und Ihre Aussage, dass wir jederzeit die Kanzlermehrheit haben, ist beeindruckend, nicht nur für das Protokoll.

(Beifall der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich hätte bei so vielen Dialektikern hier im Parlament nicht geglaubt, dass wir einmal die feinsinnige Dialektik von Bertolt Brecht berühren. Sie wissen, dass er die Regierung aufgefordert hat, ein anderes Volk zu wählen. Wir werden heute etwas Ähnliches erleben: Nicht die Mehrheit misstraut dem Kanzler, sondern der Kanzler misstraut seiner eigenen Mehrheit.

Bis in die gestrigen Abendstunden hatten wir eine stabile Mehrheit, die in sieben Jahren nicht ein einziges Mal versagt hat, obwohl sie seit dem 22. Mai vom Kanzler und von Franz Müntefering attackiert wird. Sie suchen eine neue Legitimation für Ihre Politik, doch diese Art von Stimmungsdemokratie sieht unser Grundgesetz nicht vor.

(Beifall der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

[1)] Anlagen 1 und 2

Zwar wird allenthalben die Frage gestellt „Was wäre, (C) wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre?“, aber am nächsten Sonntag ist nicht Wahl. Wir leben in einer Demokratie und nicht in einer Demoskopie. Sie haben den Satz von Einstein an Ihrem Kanzleramt nicht verstanden: Der Staat ist für die Menschen, nicht die Menschen für den Staat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie beugen unsere Verfassung, wenn Sie mit Hinweis auf das Grundgesetz ein **Referendum** über die EU-Verfassung verwehren und im nächsten Moment durch Selbstauflösung des Bundestages eine Volksabstimmung über die Fortsetzung Ihrer Politik herbeiführen wollen. Sie haben geschworen, das Grundgesetz zu wahren und zu verteidigen.

Ein paar Schritte vom Kanzleramt entfernt steht an der Schweizer Botschaft der Einstein-Satz: Echte Demokratie ist doch kein leerer Wahn.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Was jetzt passiert, ist aber die Sinnentleerung des Art. 68. Dass ausgerechnet die alten 68er, so wie sie hier versammelt sind,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

über einen Missbrauch des Art. 68 ihren Abgang vorbereiten, gehört zu den grotesken Momenten dieses Vorgangs.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) (D)

Dabei haben Sie gerade bei der Vertrauensfrage im Zusammenhang mit dem Militäreinsatz in Afghanistan gezeigt, wie dieser Artikel moralisch und politisch zu gebrauchen ist. Sie haben eine eigene Mehrheit demonstriert und dafür sogar eine, breite parlamentarische Mehrheit verschmäht. Sie wollten Helmut Kohl nicht nachahmen; heute kopieren Sie ihn, wobei der Vergleich mit der damaligen Lage doch etwas schräg ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mir ist die Demokratie nicht geschenkt worden. Mit einigen anderen musste ich unter gefährlichen Umständen Demokratie und Freiheit erst erkämpfen. Schon deswegen sind mir die **Grundregeln der Demokratie**, wie sie in unserem Grundgesetz stehen, ein hoher Wert – gerade in einer Zeit, in der wir über den Werteverfall und die Vertrauenskrise der Politik reden. Glauben Sie denn ernsthaft daran, dass Sie nach dieser verschwiemelten Operation morgen in den Wahlkampf ziehen und über Wahrheiten reden können?

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Das ist nicht nur ein Tiefpunkt der demokratischen Kultur, sondern Sie beschädigen auch das Ansehen des Parlamentes und meine und unsere Rechte als Abgeordnete.

(Beifall der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Werner Schulz (Berlin)

(A) Oder, um einen aktuellen Buchtitel des Außenministers aufzugreifen: Die Rückkehr der Geschichte sollten wir nicht als ein Stück Volkskammer veranstalten.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auch da wurden die Abgeordneten eingeladen, nicht ihrer Überzeugung, sondern dem Willen von Partei- und Staatsführung zu folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben mit Ihrem genialen Schachzug alles erreicht, was Sie vermeiden wollten: Die Opposition ist geeint und geschlossen wie nie zuvor,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

die Formierung einer neuen Linkspartei und die **Erosion der SPD** wurden beschleunigt. Sie werden nicht als Patriot in die Geschichte eingehen, wie ein wirrer Schönschreiber in der „Zeit“ meint, sondern eher als einer, der letztlich seine Partei zerlegt und sein Land in Schwierigkeiten gebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Lieber Kollege Schulz, die fünf Minuten sind vorüber.

(B)

Werner Schulz (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Ende. – Denn auch in der Einschätzung der politischen Situation täuschen Sie sich. Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht Neuwahlen, sie wollen die Abwahl von Rot-Grün.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Offenbar wollen Sie das auch – die Flucht aus der Verantwortung. Nur, das ist ein würdeloser Abgang, den wir hier erleben.

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Schulz, Sie müssen zum Ende kommen.

Werner Schulz (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich mache mir Sorgen um unser Land, weil ich finde, dass auch die Opposition nicht vorbereitet ist und kein Konzept hat.

(Zuruf von der SPD)

Wenn das, was wir bisher als Vertrauenskrise der Politik erlebt haben, nur ein Vorgeschmack ist, –

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Schulz!

Werner Schulz (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

– dann werden wir uns auf stürmische Zeiten einrichten müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum Abstimmungsverfahren.

Für die Annahme des Antrags des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 Abs. 1 des Grundgesetzes ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erforderlich. Das sind mindestens 301 Stimmen. Die Fraktion der SPD verlangt namentliche Abstimmung.

Sie benötigen außer Ihrer Stimmkarte auch Ihren gelben Stimmausweis. Beides können Sie, soweit noch nicht geschehen, noch Ihrem Stimmkartenfach in der Lobby entnehmen.

Ich bitte Sie, sich vor der Abstimmung davon zu überzeugen, dass die Stimmkarte und der Stimmausweis, die Sie verwenden, Ihren Namen tragen. Bevor Sie Ihre Stimmkarte in eine der aufgestellten Urnen werfen, übergeben Sie bitte Ihren gelben Stimmausweis einem der Schriftführer an den Urnen. Die Schriftführerinnen und Schriftführer bitte ich, darauf zu achten, dass (D) Stimmkarten nur von Kolleginnen und Kollegen eingeworfen werden, die vorher ihren Stimmausweis übergeben haben.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Haben alle anwesenden Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis werde ich Ihnen bekannt geben, sobald die Schriftführerinnen und Schriftführer es nach Auswertung der Stimmkarten ermittelt haben.

Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 12.01 bis 12.11 Uhr)

Präsident Wolfgang Thierse:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 Grundgesetz bekannt. Abgegebene Stimmen 595. Mit Ja haben gestimmt 151, mit Nein haben gestimmt 296, Enthaltungen 148. Der Antrag des Bundeskanzlers hat die erforderliche Mehrheit von mindestens 301 Ja-Stimmen nicht erreicht.

Präsident Wolfgang Thierse

(A)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	595;
davon	
ja:	151
nein:	296
enthalten:	148

Ja

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Sören Bartol
Sabine Bätzing
Uwe Beckmeyer
Hans-Werner Bertl
Petra Bierwirth
Rudolf Bindig
Lothar Binding (Heidelberg)
Willi Brase
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Hans-Günter Bruckmann
Marco Bülow
Dr. Peter Danckert
Peter Dreßen
Detlef Dzembritzki
Sebastian Edathy
Marga Elser
Rainer Fornahl
(B) Hans Forster
Lilo Friedrich (Mettmann)
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Dieter Grasedieck
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Klaus Hagemann
Alfred Hartenbach
Nina Hauer
Monika Heubaum
Gisela Hilbrecht
Gabriele Hiller-Ohm
Gerd Höfer
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Iris Hoffmann (Wismar)
Renate Jäger
Klaus-Werner Jonas
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner
Dr. Bärbel Kofler
Dr. Heinz Köhler (Coburg)
Karin Kortmann
Rolf Kramer
Ernst Kranz
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Elke Leonhard
Eckhart Lewering
Götz-Peter Lohmann
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dirk Manzewski
Tobias Marhold
Lothar Mark
Hilde Mattheis
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Christian Müller (Zittau)
Dr. Rolf Mützenich
Dr. Erika Ober
Holger Ortel
Dr. Wilhelm Priesmeier
Dr. Sascha Raabe
Gerold Reichenbach
Walter Riester
René Röspel
Michael Roth (Heringen)
Gerhard Rübenkönig
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Gudrun Schaich-Walch
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Heinz Schmitt (Landau)
Carsten Schneider
Walter Schöler
Karsten Schönfeld
Fritz Schösser
Wilfried Schreck
Erika Simm
Dr. Margrit Spielmann
Christoph Strässer
Rita Streb-Hesse
Rüdiger Veit
Jörg Vogelsänger
Dr. Marlies Volkmer
Hedi Wegener
Gunter Weißgerber
Hildegard Wester
Andrea Wicklein
Engelbert Wistuba
Verena Wohlleben
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Uta Zapf
Manfred Helmut Zöllmer

BÜNDNIS`90/DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Matthias Berninger
Grietje Bettin
Alexander Bonde
Ekin Deligöz
Dr. Thea Dückert
Jutta Dümpe-Krüger
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Peter Hettlich
Ulrike Höfken
Thilo Hoppe
Michaele Hustedt
Jutta Krüger-Jacob
Undine Kurth (Quedlinburg)
Markus Kurth
Monika Lazar
Dr. Reinhard Loske
Anna Lührmann
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Friedrich Ostendorff
Krista Sager
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Albert Schmidt (Ingolstadt)
Petra Selg
Ursula Sowa
Rainder Steenblock
Silke Stokar von Neuforn
Hans-Christian Ströbele
Marianne Tritz
Dr. Antje Vogel-Sperl
Dr. Antje Vollmer
Dr. Ludger Volmer
Josef Philip Winkler
Margareta Wolf (Frankfurt)

Nein

CDU/CSU

Ulrich Adam
Ilse Aigner
Peter Altmaier
Artur Auernhammer
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Otto Bernhardt
Dr. Rolf Bietmann
Clemens Binninger
Renate Blank
Peter Bleser
Antje Blumenthal
Dr. Maria Böhmer
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Helge Braun
Monika Brüning
Georg Brunnhuber
Verena Butalikakis
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Cajus Julius Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Hubert Deittert
Roland Dieckmann
Alexander Dobrindt
Vera Dominke
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Rainer Eppelmann
Anke Eymer (Lübeck)
Georg Fahrenschon
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Roland Gewalt
Eberhard Gienger
Georg Girisch
Michael Glos
Ralf Göbel
Dr. Reinhard Göhner
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Kurt-Dieter Grill
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Olav Gutting
Holger Haibach
Gerda Hasselfeldt
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Siegfried Helias
Uda Carmen Freia Heller
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Bernd Heynemann
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Robert Hochbaum
Klaus Hofbauer

(C)

(D)

Präsident Wolfgang Thierse

(A)

Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke
Dr. Peter Jahr
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Irmgard Karwatzki
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Gerlinde Kaupa
Eckart von Klaeden
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Kristina Köhler (Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Michael Kretschmer
Günther Krichbaum
Günter Krings
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Werner Kuhn (Zingst)
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Barbara Lanzinger
Vera Lengsfeld

(B)

Werner Lensing
Peter Letzgus
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Eduard Lintner
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Patricia Lips
Dr. Michael Luther
Dorothee Mantel
Erwin Marschewski (Recklinghausen)
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Conny Mayer (Baiersbronn)
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Doris Meyer (Tapfheim)
Maria Michalk
Hans Michelbach
Klaus Minkel
Marlene Mortler
Stefan Müller (Erlangen)
Bernward Müller (Gera)
Dr. Gerd Müller
Hildegard Müller
Bernd Neumann (Bremen)
Henry Nitzsche
Michaela Noll
Claudia Nolte
Günter Nooke
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Melanie Oßwald
Rita Pawelski
Dr. Peter Paziorek
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Ruprecht Polenz
Daniela Raab
Thomas Rachel
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Peter Rauen
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Hannelore Roedel
Franz Romer
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmanith
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Volker Rühe
Albert Rupprecht (Weiden)
Peter Rzepka
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Dr. Andreas Scheuer
Norbert Schindler
Georg Schirmbeck
Angela Schmid
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Wilhelm Josef Sebastian
Horst Seehofer
Kurt Segner
Matthias Sehling
Marion Seib
Heinz Seiffert
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Erika Steinbach
Christian von Stetten
Gero Storjohann
Andreas Storm
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Antje Tillmann
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Uwe Vogel
Andrea Astrid Voßhoff
Gerhard Wächter
Marko Wanderwitz
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Ingo Wellenreuther
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Willy Wimmer (Neuss)
Matthias Wissmann
Werner Wittlich
Dagmar Wöhrl
Elke Wülfing
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

FDP

Dr. Karl Addicks
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Dr. Michael Terwiesche
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing

(C)

Fraktionslose Abgeordnete

Martin Hohmann
Dr. Gesine Lötzsch
Petra Pau

Enthalten

SPD

Dr. Lale Akgün
Gerd Andres
Rainer Arnold
Hermann Bachmaier
Ernst Bahr (Neuruppin)
Klaus Uwe Benneter
Dr. Axel Berg
Ute Berg
Kurt Bodewig
Gerd Friedrich Bollmann
Klaus Brandner
Edelgard Bulmahn
Ulla Burchardt
Dr. Michael Bürsch
Hans Martin Bury
Marion Caspers-Merk
Karl Diller
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Siegmund Ehrmann
Hans Eichel
Martina Eickhoff
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Annette Faße
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Gabriele Frechen
Dagmar Freitag
Iris Gleicke
Günter Gloser
Angelika Graf (Rosenheim)
Monika Griefahn
Achim Großmann
Wolfgang Grotthaus
Karl Hermann Haack (Extertal)
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Petra Heß
Stephan Hilsberg
Frank Hofmann (Volkach)
Eike Hovermann
Klaas Hübner
Christel Humme

(D)

Präsident Wolfgang Thierse

(A)

Lothar Ibrügger
Brunhilde Irber
Johannes Kahrs
Ulrich Kasparick
Dr. h.c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Astrid Klug
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Christine Lehder
Waltraud Lehn
Gabriele Lösekrug-Möller
Caren Marks
Markus Meckel
Ulrike Mehl
Petra-Evelyne Merkel
Ursula Mogg
Michael Müller (Düsseldorf)
Gesine Multhaupt
Franz Müntefering
Volker Neumann (Bramsche)
Dietmar Nietan
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Florian Pronold
Karin Rehbock-Zureich
Dr. Carola Reimann
Christel Riemann-Hanewinckel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Ortwin Runde
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Thomas Sauer
Rudolf Scharping
Dr. Hermann Scheer
Otto Schily
Ulla Schmidt (Aachen)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Gerhard Schröder
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Swen Schulz (Spandau)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wolfgang Spanier
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Hans-Jürgen Uhl
Simone Violka
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Andreas Weigel
Reinhard Weis (Stendal)
Petra Weis
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Dr. Rainer Wend
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier
Dr. Margrit Wetzel
Jürgen Wieczorek (Böhlen)
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Barbara Wittig
Dr. Wolfgang Wodarg
Heidi Wright
Dr. Christoph Zöpel

(C)

BÜNDNIS`90/DIE GRÜNEN

Joseph Fischer (Frankfurt)
Winfried Hermann
Fritz Kuhn
Renate Künast
Simone Probst
Claudia Roth (Augsburg)
Rezzo Schlauch
Jürgen Trittin

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Ich stelle fest, dass die Vertrauensfrage damit nicht erfolgreich beantwortet worden ist. Ich werde dem Bundespräsidenten unverzüglich das Abstimmungsergebnis mitteilen.

(B)

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Gemäß Art. 39 des Grundgesetzes endet die Wahlperiode auch bei vorgezogenen Neuwahlen erst mit dem Zusammentritt des neu gewählten Bundestages.

Ich berufe daher die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 7. September 2005, 9 Uhr, ein.

(D)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 12.12 Uhr)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)

Anlage 1

Erklärungen nach § 31 GO

zur namentlichen Abstimmung über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes (Tagesordnungspunkt 21)

Rudolf Bindig *(SPD):* Der Bundeskanzler hat nach Art. 68 des Grundgesetzes den Antrag gestellt, ihm das Vertrauen auszusprechen. Ziel des Antrages ist es, dass ihm unter Mitwirkung der ihn eigentlich tragenden Mehrheit im Bundestag das Vertrauen eben gerade nicht ausgesprochen wird, damit es über den Mechanismus des Art. 68 Grundgesetz möglich wird, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Bei diesen Wahlen will der Bundeskanzler eine Bestätigung seiner Reformpolitik durch die Bevölkerung erreichen.

Dieser Weg ist am 22. Mai 2005 nach der Wahlniederlage der SPD im wichtigen Bundesland NRW vom Bundeskanzler und vom SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering beschlossen worden. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nach sorgfältiger Analyse der Lage bessere Wege gegeben hätte, darauf politisch zu reagieren. Ich halte deshalb die Vorgehensweise inhaltlich und vor allem taktisch für einen großen Fehler und für die SPD sogar für eine „historische Fehlentscheidung".

(B) Aus diesem Grund habe ich auf der Fraktionssitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 25. Mai 2005 einen Alternativvorschlag vorgetragen. Meiner Meinung nach hätte eine Wahlanalyse gemacht werden müssen, um herauszufinden, inwieweit das Wahlergebnis auf Vermittlungs- und Darstellungsprobleme der Reformpolitik zurückzuführen ist und was künftig geändert werden könnte. Ferner hätte geprüft werden müssen, wo unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung von sozialen Härten ein Nachsteuerungsbedarf bei bereits eingeleiteten Maßnahmen notwendig ist.

Kern des Alternativvorschlages war es aber, eine „Ergänzungsagenda" – bewusst unter Aufnahme des Wortes „Agenda" aus der Agenda 2010 – aufzulegen zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen des Kapitalismus, wie er sich partiell auch in Deutschland darstellt. Stichworte hierzu sind: Hedgefonds, Steuerflucht, Managergehälter, Schwarzarbeit, Mindestlöhne. Reichtumsteuer. Ein solches Ergänzungsprogramm hätte die SPD-Fraktion zusammengeführt und wäre auch vom Koalitionspartner mitgetragen worden.

Ein solches ausgearbeitetes Reformpaket hätte im Bundesrat die CDU-geführten Länderregierungen in Schwierigkeiten gebracht. Hätten diese – was eher unwahrscheinlich ist – das Paket passieren lassen, so wäre ein wichtiger Fortschritt für die Arbeitnehmerschaft und die Entwicklung in unserem Land erreicht worden. Wäre dieses Paket dagegen – und dies wäre die wahrscheinlichere Variante gewesen – wie viele andere wichtige Maßnahmen vorher durch die CDU-geführte Ländermehrheit abgeblockt worden, so hätte aus einer wesentlich stärkeren Position heraus vielleicht im nächsten Frühjahr noch immer die Option offen gestanden, entweder eine Neuwahl wegen der Blockade des politischen Systems anzustreben oder aber die Legislaturperiode bis zum normalen Ende zu führen. Ein längerer Zeitraum hätte die Chance geboten, die laufenden Reformmaßnahmen wirken zu lassen.

Eine solche Strategie hätte weitere Komponenten enthalten können, wie eine Neuformierung des Kabinetts, eine stärkere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik von einer weitgehend angebotstheoretischen Orientierung hin zu einer nachfrageorientierten Konzeption, einige ökologische Akzente und Weiteres mehr. Die Darstellung hier soll nicht behaupten, dass dies der alleinige Alternativweg gewesen wäre, aber dies wäre zumindest ein inhaltlich und taktisch wesentlich besserer Weg gewesen, auf die Niederlage der SPD in NRW zu reagieren. Es hätte unser Land vorangebracht und neuen Gestaltungsraum für die Bundesregierung geschaffen.

Ich gehöre dem Bundestag 29 Jahre an und habe bereits die Ereignisse um die „künstliche Vertrauensfrage" unter Helmut Kohl im Frühjahr 1983 erlebt. Damals war es klar für mich, gegen Helmut Kohl zu stimmen, er hatte nicht mein Vertrauen. Taktische Verdrehungen haben damals die Abgeordneten der CDU/CSU und FDP vornehmen müssen. Als überzeugter Parlamentarier, der durchaus auch ein gewisses Verständnis hat, dass Politik (D) manchmal Wege und Umwege gehen und die Geschäftsordnung geschickt einsetzen muss, meine ich jedoch, dass dieses nur in Grenzen geschehen kann. Taktische Manöver und taktisches Verhalten finden dort ihr Ende, wo es um grundlegende Fragen des Parlamentarismus geht.

Ich habe in zwei Wahlkämpfen 1998 und 2002 auf hunderten von Veranstaltungen für die rot-grüne Regierungsmehrheit gekämpft, ich habe in der 14. Legislaturperiode in rund 4 500 Einzelabstimmungen in den Ausschüssen und im Plenum des Bundestages und in der laufenden 15. Legislaturperiode erneut in rund 3 500 Einzelabstimmungen in den Ausschüssen und im Plenum für rot-grüne Politik gestimmt. Ich habe dies auch dann getan, wenn ich mir in Einzelfällen auch andere Regelungen gewünscht hätte, da ich die Einsicht habe, dass Politik nur in Gemeinschaft umgesetzt werden kann. Nach diesem Verhalten kann ich jetzt nicht aus taktischen Gründen eine Vertrauensfrage – die sich dem Geist und Inhalt des Grundgesetzes nach auf eine durch den Bundeskanzler verkörperte politische Grundlinie bezieht – mit Nein oder Enthaltung beantworten. Das Grundkonzept der rot-grünen Regierungspolitik wird von mir unterstützt. Deshalb stimme ich bei der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers mit Ja.

Herta Däubler-Gmelin *(SPD):* Ich nehme heute an der Abstimmung über die Vertrauensfrage nach Art. 68 des Grundgesetzes teil.

(A) Zwar verstehe ich den Wunsch und die Begründung für vorgezogene Neuwahlen, die sich aus der Übermacht der CDU/CSU im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss ergibt, halte aber den eingeschlagenen Weg über Art. 68 des Grundgesetzes für verfassungsrechtlich problematisch.

Schon im Herbst 1982 habe ich meine Bedenken gegen das Vorgehen des damaligen CDU/CSU-Bundeskanzlers Kohl deutlich geäußert und das tolerierende Urteil des Bundesverfassungsgerichts für problematisch gehalten. Diese Skepsis halte ich auch gegenüber dem aktuellen Verfahren aufrecht.

Sebastian Edathy *(SPD):* Bundeskanzler Gerhard Schröder hat gemäß Art. 68 des Grundgesetzes dem Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage gestellt.

Als Abgeordneter des Bundestagswahlkreises Nienburg II-Schaumburg (Niedersachsen) stimme ich mit Ja.

Ich bin 1990 wegen Bundeskanzler Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geworden. Bundeskanzler Gerhard Schröder leitet eine Regierung, die wichtige und notwendige gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Reformen eingeleitet hat. Er hatte und hat dafür meine ausdrückliche Unterstützung.

Zahlreiche meiner Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion haben erklärt, sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten zu wollen. Dafür habe (B) ich Respekt.

Es ist mir selbst aber unmöglich, die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers anders als mit einem Ja zu beantworten.

Rainer Fornahl *(SPD):* Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt am 1. Juli 2005 die Vertrauensfrage. Begründet wird dies mit der bundespolitischen Konstellation nach den Wahlen zum Landtag in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Kanzler, Bundesregierung und die gewählte Mehrheit des Deutschen Bundestages sind durch die Verhältnisse im Bundesrat gehindert, ihre verfassungsgemäße Aufgabe, die für die Lösung der Probleme in der Bundesrepublik Deutschland notwendigen Entscheidungen herbeizuführen, zu erfüllen. Deshalb will auch ich Neuwahlen in diesem Jahr, ein Wählervotum für sozialdemokratische Reformpolitik mit dem Ziel eines wirtschaftlich starken, erfolgreichen Deutschlands, das gerade deswegen auch ein sozial gerechtes Deutschland ist. Der Bundeskanzler und die Bundesregierung haben dafür die richtigen Schritte eingeleitet und auf vielen Politikfeldern erfolgreich umgesetzt. Ich habe diese Politik bewusst und aktiv mitgetragen. Deshalb ist mein persönliches Vertrauen in den Bundeskanzler ungebrochen. Ich kann und werde Bundeskanzler Gerhard Schröder mein Vertrauen weder entziehen noch kann ich mich in dieser Frage enthalten. Dass die Abgeordneten der Oppositionsparteien dem Bundeskanzler das Vertrauen versagen, ist wohl unstreitig. Da aber auch Abgeordnete der Koalitionsfraktionen im Kontext bisheriger Haltung zur Politik des Bundeskanzlers konsequenterweise die Zustimmung zur Vertrauensfrage versagen müssten, kann ich guten Gewissens mein Ja zur Vertrauensfrage setzen, ohne Gefahr laufen zu müssen, dass die auch von mir im Interesse Deutschlands für unumgänglich gehaltene Bundestagswahl im Herbst 2005 verhindert wird. (C)

Winfried Hermann *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Erstens. Die Entscheidung des Bundeskanzlers, die Vertrauensfrage zu stellen in der Absicht, den Weg freizumachen für Neuwahlen, halte ich politisch für falsch. Diese Koalition hatte und hat, trotz schlechter Landtagswahlergebnisse und trotz mancher interner Schwierigkeiten im Bundestag, immer ihre notwendige Mehrheit.

Zweitens. Wahlniederlagen auf Landesebene delegitimieren eine Koalitionsregierung im Bundestag formal nicht. Die Koalition hat bis September 2006 ein politisches Mandat und die Verantwortung.

Drittens. Faktisch wurde mit der Ankündigung des Bundeskanzlers die rot-grüne Koalition aufgekündigt. Es wurden Fakten geschaffen, die nicht mehr rückholbar sind. Durch diese mit dem Koalitionspartner nicht abgesprochene einseitige Aufkündigung der gemeinsamen Regierung sowie durch diverse Äußerungen führender SPD-Politikerinnen und SPD-Politiker wurde sehr viel Vertrauen auch bei der Bevölkerung verspielt.

Viertens. Inzwischen sind der Trend und der Wunsch nach Neuwahlen in der Bevölkerung überwältigend eindeutig. Dem will ich nicht im Wege stehen. (D)

Fünftens. Ich kann deshalb die Vertrauensfrage nicht mit Ja beantworten, obwohl ich zu dieser Koalition trotz mancher Kritik immer wieder gestanden bin und entsprechend abgestimmt habe.

Sechstens. Ich bin überzeugt, dass eine soziale und ökologische, am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientierte Koalition die derzeit beste Antwort auf die großen Herausforderungen dieser Zeit ist.

Ich stimme bei der Vertrauensfrage deshalb mit Enthaltung.

Jelena Hoffmann *(Chemnitz) (SPD):* Zur heutigen namentlichen Abstimmung über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes erkläre ich:

Ich habe vollstes Vertrauen in den Bundeskanzler. Auch wenn ich mir darüber im Klaren bin, dass die Regierungskoalition nicht fehlerfrei regiert hat, halte ich die Grundausrichtung unserer Reformpolitik auch weiterhin für richtig, so wie es auch im Ansatz bei den Beratungen zum Wahlmanifest der SPD erkennbar ist. Dies zwingt mich dazu, mich nicht – wie von der Fraktionsführung der SPD empfohlen – bei der Abstimmung zu enthalten, sondern mein Vertrauen in meinem ehrlichen Wahlverhalten zum Ausdruck zu bringen.

Sollte sich heute die Mehrheit der Koalitionsmitglieder in der Vertrauensfrage enthalten und damit dem Bundeskanzler das Vertrauen entziehen, so wird seinem

(A) Wunsch entsprochen, was ich wiederum als Vertrauensbeweis bewerte. Dies bringt für mich persönlich einen moralischen Konflikt mit sich. Ich vermisse die Ehrlichkeit darin, dem Bundeskanzler das Vertrauen – und sei dies nur durch Stimmenenthaltung – zu entziehen und mit derselben Person an der Spitze in den Wahlkampf zu gehen, um mit ihm für unsere Reformpolitik zu werben, damit die nächsten Wahlen gewonnen werden können. Dieser Weg, der aus meiner Sicht nur aus parteitaktischen Gründen gewählt wurde, widerspricht meinen moralischen und verfassungsrechtlichen Überzeugungen.

Außerdem halte ich es für falsch, die entstandene Pattsituation zwischen Bundesrats- und Bundestagsmehrheit durch Neuwahlen aufzulösen. Die Arbeit des Vermittlungsausschusses darf nicht durch Neuwahlen ersetzt werden. An dieser Stelle sollte vielmehr über die Reform des föderalen Systems in Deutschland ganz grundsätzlich nachgedacht werden, als sich mit dem hier angestrebten Provisorium der Vertrauensfrage zu behelfen.

Ich halte den Weg, Vertrauen durch Vertrauensentzug zu beweisen, für falsch und dem Sinn der Vertrauensfrage, so wie sie im Grundgesetz gedacht ist, widersprechend.

Nach meiner Auffassung müssen das Grundgesetz und seine Anwendung von Parteipolitik und Parteitaktik freigehalten werden. Aus diesen Gründen werde ich dem Bundeskanzler mein Vertrauen aussprechen.

(B)

Abschließend möchte ich dem Bundestag empfehlen, die Geschäftsordnung des Parlamentes so zu verändern, dass über Vertrauensfragen, gerade die Fragen des Vertrauens zu einer Person, nicht wie über Sachfragen und damit in offener Abstimmung, wie in §§ 48 und 51 der Geschäftsordnung vorgesehen, sondern wie über Personalauswahlen und damit geheim, so wie es § 49 der Geschäftsordnung vorsieht, abgestimmt wird.

Michael Roth *(Heringen) (SPD):* Am heutigen Tage stellt der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, die Vertrauensfrage. Nicht mit dem in der parlamentarischen Praxis üblichen Ziel, die Abgeordneten der jeweiligen Mehrheits- oder Koalitionsfraktionen in schwierigen inhaltlichen Fragen zu einen. Vielmehr zielt der Antrag des Bundeskanzlers darauf, die Vertrauensabstimmung zu verlieren. Damit handelt es sich erst zum dritten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland um eine Vertrauensabstimmung, die zur Auflösung des Deutschen Bundestages führen soll.

Ist die Situation jedoch ernsthaft mit den Vertrauensabstimmungen vergleichbar, die jeweils mit dem Ziel verbunden waren, Neuwahlen herbeizuführen? Bundeskanzler Willy Brandt musste sich der Tatsache stellen, dass Abgeordnete seine Koalitionsfraktionen verließen. Die Mehrheit war verloren! Und selbst Bundeskanzler Dr. Helmut Kohls gewonnene parlamentarische Mehrheit war fragil. Sie kam erst über den wohl kalkulierten Bruch der sozialliberalen Koalition durch die FDP zustande. Die FDP war eine tief gespaltene Partei! (C)

Dass zukünftig eine stetige parlamentarische Mehrheit für die Politik des Bundeskanzlers gefährdet sei, bestreite ich. Bislang sieben Jahre hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion gestanden: solidarisch, bisweilen auch kritisch – wie es sich für die SPD gehört. Und wie es der Bundeskanzler von seinen Abgeordneten erwarten kann. Manche von uns haben mit sich gerungen – vor allem bei Entscheidungen um Militäreinsätze. Viele von uns, auch ich, haben sich gelegentlich schwer getan. Aber die Mehrheit und damit die Handlungsfähigkeit der Regierung standen nie infrage.

Gegenwärtig erarbeitet die SPD unter maßgeblicher Mitwirkung des Bundeskanzlers ein Wahlmanifest. Viele Projekte, die dort aufgezeigt werden, sind längst überfällig.

Sie machen deutlich: Die SPD war, ist und bleibt die Partei von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit! Ich bin mir sicher: Das Programm wird nicht für den Papierkorb verfasst. Im Gegenteil: Es wird Richtschnur für die politische Praxis zu sein haben. Ich stehe – wie die gesamte SPD-Fraktion – uneingeschränkt zu den auch vom Bundeskanzler bislang erarbeiteten Vorschlägen. Die parlamentarische Mehrheit, die diesen Bundeskanzler stützt und trägt, bleibt stabil.

In den vergangenen Wochen wurde – zu Recht – immer wieder Respekt gegenüber dem Bundespräsidenten angemahnt. Doch wo blieb und bleibt der Respekt gegenüber den Bundestagsabgeordneten? Der Weg zu (D) Neuwahlen ist – von der Verfassungslage her – holprig. Mindestens drei Verfassungsorgane sind dabei maßgeblich. Bislang spielte in den Debatten der Bundestag kaum eine Rolle. Dabei ist bei einer Entscheidung von einer solch historischen Tragweite eine sorgfältige Prüfung durch jeden Abgeordneten zwingend. Es darf keinen Automatismus der Entscheidungsabläufe geben!

Seit Wochen halten Spekulationen über das Ob und Wie von Neuwahlen an. Erst heute erklärt sich Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die notwendige Klarheit kommt spät. Ich befürchte, dass Spekulationen weiter ins Kraut schießen werden: Der Bundespräsident entscheidet sich bis zum 21. Juli. Anschließend wird das Bundesverfassungsgericht zu urteilen haben, sofern es zu Klagen kommt.

Zu Recht beklagt Bundeskanzler Gerhard Schröder die Mehrheitsverhältnisse in den Bundesländern und damit im Bundesrat. Es war und ist empörend, wie CDU/CSU und FDP im Vermittlungsausschuss Gesetze einseitig zulasten der ökonomisch Schwachen durchsetzen, hierfür jedoch nicht bereit sind, öffentlich Verantwortung zu tragen.

Aber kann dieses heuchlerische Verhalten der CDU ein Grund sein, den Deutschen Bundestag aufzulösen? Nein, diese Koalition ist nicht am Ende. Im Gegenteil: Gerade weil im nächsten Dreivierteljahr keine Wahlen anstehen, muss sie ihre Politik, unser Land in eine gute Zukunft zu führen, fortsetzen.

(A) Die Ankündigung des Wunsches, Neuwahlen herbeizuführen, hat bei der Opposition zu deutlichen inhaltlichen Korrekturen geführt. Die populistische Forderung nach fortwährenden Steuersenkungen ist der Einsicht in die Tatsache gewichen, dass der Staat unter dem Einbruch seiner Finanzierungsgrundlagen die Aufgaben, die die Bürgerinnen und Bürger erwarten, nicht mehr zu finanzieren vermag. Insofern ist eine gute Grundlage geschaffen worden, die Blockade des Bundesrates zu brechen. Dies erfordert Anstrengungen, dafür setze ich auf diese Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Unser Grundgesetz ist ein hohes Gut. Mit ihm ist stets sorgfältig und verantwortungsbewusst umzugehen. Nicht alles, was momentan politisch wünschenswert ist, ist auch verfassungsrechtlich machbar. Ich anerkenne jedoch, dass zwischenzeitlich eine klare Mehrheit der Bevölkerung für eine baldige Neuwahl des Deutschen Bundestages eintritt.

Sollte es zu Neuwahlen kommen, werde ich engagiert für eine starke und zukunftsfähige SPD kämpfen. Und ich werde auch für Bundeskanzler Gerhard Schröder einstehen. Weil ich unseren Weg gesellschaftspolitischer Modernisierung für tragfähig halte. Weil ich, es mag pathetisch klingen, stolz bin auf einen Bundeskanzler, der sich mutig und entschlossen einem Kriegseinsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten entgegengestellt hat. Weil Europa eine starke deutsche Sozialdemokratie braucht.

(B) Bei der heutigen Abstimmung werde ich – wie in den vergangenen sieben Jahren auch – konsequent bleiben, taktischen Spielchen eine Absage erteilen und dem von mir gewählten Bundeskanzler das Vertrauen aussprechen.

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk *(SPD):* Ich nehme heute an der Abstimmung über die Vertrauensfrage nach Art. 68 des Grundgesetzes nicht teil.

Zwar habe ich den Wunsch und die Begründung für vorgezogene Neuwahlen, die sich aus der Übermacht der CDU/CSU im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss ergeben, zur Kenntnis genommen, halte aber den eingeschlagenen Weg über Art. 68 des Grundgesetzes für verfassungsrechtlich problematisch.

Schon im Herbst 1982 hatte ich die Bedenken von Willy Brandt gegen das Vorgehen des damaligen CDU/CSU-Bundeskanzlers Kohl geteilt und das tolerierende Urteil des Bundesverfassungsgerichts für problematisch gehalten. Diese Bedenken halte ich auch gegenüber dem aktuellen Verfahren aufrecht.

Simone Violka *(SPD):* Hiermit betone ich ausdrücklich, dass ich keinen Grund habe, Bundeskanzler Gerhard Schröder mein Vertrauen nicht auszusprechen.

Dennoch lasse ich nicht unbeachtet, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung zum heutigen Zeitpunkt Neuwahlen wünscht. Dem kann ich mich als gewählte Vertreterin dieses Volkes nicht verschließen.

Mein heutiges Abstimmungsverhalten trägt diesem (C) Wunsch Rechnung.

Dr. Marlies Volkmer *(SPD):* Ich habe bei der Vertrauensabstimmung gemäß Art. 68 des Grundgesetzes mit Ja gestimmt und gebe hierzu folgende Erklärung ab:

Die rot-grüne Bundesregierung hat Verantwortung übernommen und den notwendigen Prozess der Erneuerung Deutschlands auf den Weg gebracht. Dazu gehören vor allem neben der Reform der sozialen Sicherungssysteme, die wir als solidarische Systeme erhalten wollen, eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik, die Verbesserung der Bildungschancen für alle, Ausbau von Forschung und Entwicklung, hier auch mit besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Zur Modernisierung des Landes haben auch die Gleichstellungspolitik und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ein modernes Zuwanderungsrecht beigetragen. Unser Land steht heute für Frieden und für engagiertes Konfliktmanagement.

Diese Politik muss fortgeführt werden im Interesse unseres Landes. Darüber bestand und besteht nach meiner Überzeugung in der Koalition Konsens, trotz aller notwendigen Auseinandersetzung darum, wie die Reformen konkret auszugestalten sind, damit sie unserem Anspruch an eine soziale und solidarische Gesellschaft gerecht werden. Im Plenum schlug sich das im Abstimmungsverhalten nieder. Es gab stets, selbst bei der umstrittenen Hartz-IV-Reform, eine eigene rot-grüne Mehrheit für die Politik dieser Bundesregierung. Diese (D) Mehrheit ist nach meiner persönlichen Überzeugung auch in Zukunft gegeben.

Dr. Antje Vollmer *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Ich werde die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers Gerhard Schröder mit einem Ja beantworten. Dieses Ja gilt dem rot-grünen Regierungsprojekt, das in der Praxis der vergangenen Jahre immer in der Lage war, eine stabile Mehrheit in den sie tragenden Fraktionen zu finden, selbst bei schwierigen Diskussionen in der Sache. Diese Bundestagsmehrheit und die sie tragenden Fraktionen haben ein Mandat für eine volle Legislaturperiode. Dieses Mandat ist von vielen erkämpft worden und keineswegs eine Selbstverständlichkeit in der Geschichte der Nachkriegsrepublik. Die Wähler, die den Abgeordneten dieses Mandat erteilt haben, haben es nicht mit der Absicht erteilt, daß wir ein Viertel der Regierungszeit ungenutzt dem Souverän zurückübertragen sollten. Ich bestreite auch, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine stabile Unterstützung für die noch ausstehenden Regierungsvorhaben und die vielen noch vorgesehenen Arbeitsvorhaben, Gesetzesinitiativen und Anträge in den Fachausschüssen gibt.

Ich bestreite nicht, dass die derzeitige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und die schwierigen notwendigen Reformen auf heftige Kritik in der Bevölkerung und in den Medien stoßen. Es gäbe aber durchaus Zeit und Möglichkeit, in den kommenden Monaten für diese Zustimmung zu werben und mögliche Fehler zu korrigieren.

(A) Das Regieren bei der ständigen Gefahr des Blockierens durch den Bundesrat ist eine schwierige Sache, auch das ist mir bekannt. Das offensichtlich angestrebte eigentliche Ziel dieser Vertrauensfrage, die Initiierung von Neuwahlen, würde an dieser Bundesratsmehrheit aber faktisch nichts ändern. Auch waren die Möglichkeiten zur Reform des Föderalismus in der Frage der jeweiligen Zuständigkeiten in der Gesetzgebung noch nicht völlig ausgeschöpft.

Als besonders dramatisch empfinde ich den außenpolitischen Schaden, der durch den Versuch einer mit den Mitteln der Vertrauensabstimmung erzwungenen Neuwahl angerichtet wird. Schon allein aus Gründen der aktuellen Krisen in der Europäischen Union und der Reformbestrebungen des UN-Generalsekretärs Kofi Annan bedarf es einer vollen Konzentration einer rot-grünen Bundesregierung – und zwar als stabiler, verlässlicher Faktor – auf diese schwierige Etappe in den internationalen Verhandlungen und Beratungen. Ausgerechnet in dieser Zeit sich vorrangig einem Wahlkampf und damit nur einer halben Handlungsfähigkeit auszusetzen, ist angesichts der kritischen internationalen Situation die falsche Entscheidung.

Nicht zuletzt gibt es schwer wiegende Einwände aufgrund unserer Verfassung gegen ein solches Vorhaben. Die Vertrauensfrage ist nicht das geeignete Mittel, um ein Plebiszit über die Regierungspolitik herbeizuführen. Ein derartiges Plebiszit ist im Grundgesetz ebenso wenig vorgesehen wie das Selbstauflösungsrecht des Parlaments. Gerade angesichts des Moments von Druck und (B) Subjektivität in der jetzigen Entscheidungssituation trete ich entschieden dafür ein, dass ein möglicher neuer Bundestag umgehend sich selbst die Möglichkeit eines Selbstauflösungsrechts erkämpft. Diese Möglichkeit von Selbstbestimmung stärkt die Rechte des Parlaments und der einzelnen Parlamentarier.

Gert Weisskirchen *(Wiesloch) (SPD):* Bundeskanzler Gerhard Schröder habe ich in allen bedeutsamen Entscheidungen im Laufe der Legislaturperiode des 15. Deutschen Bundestages mein uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen.

Weil der Bundeskanzler und mit ihm der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Franz Müntefering – nachdem das Ergebnis der Wahlen zum Landtag Nordrhein-Westfalens feststand –, die politische Lage als instabil beurteilt, gebietet es die gesamtstaatliche Verantwortung, Stabilität durch die Neuwahl des Deutschen Bundestages wiederzugewinnen.

Die Ministerinnen und Minister der von der rot-grünen Koalition getragenen Bundesregierung haben sich dieser politischen Beurteilung angeschlossen. Ich teile sie ohne Vorbehalt.

Bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage nach Art. 68 des Grundgesetzes enthalte ich mich, weil ich nur so Bundeskanzler Gerhard Schröder bezogen auf diese Situation mein politisches Vertrauen aussprechen kann. Respektiere ich die Bitte des Bundeskanzlers in dieser Weise, dann kann er dem Bundespräsidenten vorschlagen, den Bundestag aufzulösen. (C)

Mit meinem Verhalten will ich den Weg öffnen, damit Bundeskanzler Gerhard Schröder ein neues Mandat von den Wählerinnen und Wählern erhalten kann.

Auf dem Reformweg muss weitergegangen werden, den wir 1998 begonnen haben. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern Deutschland sozial gerecht gestalten und dabei mithelfen, dass wir gute Nachbarn in Europa und in der Welt ein verlässlicher Partner bleiben.

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Klaus Kirschner, Rüdiger Veit, Fritz Schösser, Horst Schmidbauer (Nürnberg) und Peter Dreßen (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes (Tagesordnungspunkt 21)

Zu unserem Abstimmungsverhalten wollen wir folgende Erklärung abgeben:

1998 und 2002 hat die SPD den Wahlkampf mit der Zielsetzung geführt, Regierungsverantwortung übertragen zu bekommen.

Bei beiden Wahlen haben die Wählerinnen und Wähler der Bundesrepublik Deutschland der SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Regierungsauftrag übertragen. Bundeskanzler Schröder hat ein klares politisches Mandat bis 2006. (D)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten angesichts der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland und Europa zu Recht eine verantwortungsvolle und soziale Politik, die Konjunktur und Arbeitsmarkt belebt und dabei die Belange vor allem der Bevölkerungsteile berücksichtigt, die des Schutzes und der Solidarität des Sozialstaates bedürfen. Dass über Inhalte, wie dies erreicht werden soll, gestritten wird, gehört zum Wesensgehalt demokratischer Parteien.

Die Krise der europäischen und internationalen Institutionen, weltweite Konfliktherde und internationaler Terrorismus machen eine verlässliche Außen- und Sicherheitspolitik notwendiger denn je. Mit seinem Nein zum Irakkrieg hat der Bundeskanzler gezeigt, dass er dafür ein Garant ist. Gerhard Schröder genießt weltweit hohe Anerkennung.

Wir wollen darauf hinweisen, dass die Regierungskoalition und damit der Bundeskanzler in dieser Wahlperiode 32-mal die notwendige absolute Mehrheit bei namentlich beantragten Abstimmungen im Deutschen Bundestag erhalten hat. Dies zeigt, die Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist handlungsfähig.

Willy Brandt hat am 17. Dezember 1982 im Namen der SPD-Fraktion bei der Debatte über die Abstimmung des Antrages des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kohl, über Art. 68 des Grundgesetzes vorzeitige Neuwahlen herbeizuführen, in Bezug auf den Verfassungsauftrag der

(A) Bundesregierung unter anderem sinngemäß Folgendes ausgeführt: Die Bundesregierung hat „in der vom Grundgesetz bestimmten Vier-Jahres-Frist ihre Aufgaben zu erfüllen und sich danach dem Wähler zu stellen; das ist die Grundlage der Verfassung".

Wir müssen und wollen diesen Wählerauftrag erfüllen.

Daher werden wir dem Antrag nach Art. 68 des Grundgesetzes, den der Bundeskanzler gestellt hat, zustimmen.

Anlage 3

Amtliche Mitteilungen

Der Bundesrat hat in seiner 812. Sitzung am 17. Juni 2005 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen, einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 Grundgesetz nicht zu stellen bzw. einen Einspruch gemäß Artikel 77 Absatz 3 nicht einzulegen.

- **Gesetz zur Novellierung des Verwaltungszustellungsrechts**
- Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 805/2004 über einen Europäischen Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen **(EG-Vollstreckungstitel-Durchführungsgesetz)**
- **Gesetz zu dem Übereinkommen vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

(B)
- **Gesetz zur Umsetzung des Übereinkommens vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**
- **Gesetz zu dem Protokoll vom 16. Oktober 2001 zu dem Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**
- **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2003/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2003 zur Änderung der Richtlinie 96/82/EG des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen**
- **Gesetz zu dem Vertrag vom 28. August 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**
- **Gesetz zu dem Vertrag vom 28. März 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesrepublik Nigeria über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**
- **Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Oktober 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**
- **Gesetz zu dem Vertrag vom 30. Oktober 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Angola über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen** (C)
- **Gesetz zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**
- **Gesetz zu dem Vertrag vom 19. Januar 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**
- **Gesetz zur Neuordnung des Lebensmittel- und des Futtermittelrechts**
- **Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm**
- **Siebtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen**
- **Zweites Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts**
- Gesetz zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 **(akustische Wohnraumüberwachung)**
- **Viertes Gesetz zur Änderung der Bundesnotarordnung**

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu der nachstehenden Vorlage absieht: (D)

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

  Bericht der Bundesregierung über die Forschungsergebnisse in Bezug auf Emissionsminderungsmöglichkeiten der gesamten Mobilfunktechnologie und in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen

  – Drucksache 15/4604 –

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

  Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2005
  und
  Stellungnahme der Bundesregierung

  – Drucksache 15/5300 –

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

  13. Bericht des Ausschusses für Hochschulstatistik für den Zeitraum 1. Juni 2000 bis 31. Mai 2004

  – Drucksachen 15/5400, 15/5510 Nr. 2 –

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

  Zwischenbericht der Bundesregierung über die Evaluation der Ressortforschung

  – Drucksachen 15/4636, 15/4779 Nr. 1.2 –

(A)

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe

– Drucksache 15/4575 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden EU-Vorlagen bzw. Unterrichtungen durch das Europäische Parlament zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

Petitionsausschuss

Drucksache 15/4705 Nr. 1.20
Drucksache 15/5513 Nr. 1.5

Auswärtiger Ausschuss

Drucksache 15/5396 Nr. 1.9
Drucksache 15/5396 Nr. 1.11

Innenausschuss

Drucksache 15/4911 Nr. 1.3
Drucksache 15/5297 Nr. 2.3
Drucksache 15/5513 Nr. 2.16

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Drucksache 15/5396 Nr. 2.3
Drucksache 15/5513 Nr. 2.1
Drucksache 15/5513 Nr. 2.2
Drucksache 15/5513 Nr. 2 8
Drucksache 15/5513 Nr. 2.12
Drucksache 15/5513 Nr. 2.14
Drucksache 15/5513 Nr. 2.25
Drucksache 15/5513 Nr. 2.27
Drucksache 15/5513 Nr. 2.29

(C)

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Drucksache 15/5513 Nr. 2.7
Drucksache 15/5513 Nr. 2.22

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

Drucksache 15/5636 Nr. 1.33

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Drucksache 15/5297 Nr. 2.32

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Drucksache 15/5513 Nr. 1.3
Drucksache 15/5513 Nr. 2.15
Drucksache 15/5513 Nr. 2.24

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Drucksache 15/5080 Nr. 2.3
Drucksache 15/5513 Nr. 2.3
Drucksache 15/5513 Nr. 2.13

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-7980